INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Nr. 425

19. Juni 1997

Hallo liebe Leute,
auch wenn die Bullen alles versuchen unsere Strukturen anzugreifen, lassen wir uns nicht unterkriegen und setzen alles daran, damit Ihr die zeitung weiterhin regelmäßig lesen und über sie kommunizieren könnt. Zwar herrscht bei uns keine Normalität, aber nicht zuletzt aufgrund der allgemeinen offensiven Stimmung, Eurem Zuspruch und den vielen laufenden aktivitäten haben wir die Lust und den elan weiterzumachen. Die Berge an Sweeties und guten Wünschen, die wir in unserem Briefkasten fanden werten wir in diesem Sinne als Belohnung einer wegen"Belohnung und Billigung von Straftaten" verfolgten Zeitung.
Aber auch in diesen Zeiten gilt(zwar platt, aber) mehr denn je: wir sind nur so gut, wie die Inhalte, die Ihr ins Vereinsblättchen hineintragt. Dieses Mal, allerdings, wars damit nicht weit her. Der Briefkasten war, was die Texte anbelangt, gähnend leer. Wahrscheinlich seid Ihr im Moment alle auf der Straße...
In diesem Zusammenhang noch eine Bitte an Euch: Plakate, die für die Rückseite gedacht sind, möglichst mit Film in die Post geben. Das erspart uns sehr viel Aufwand.
Für alle, die noch nach Möglichkeiten suchen, sich in die Zeitung einzuklinken: demnächst wird es auch öffentliche Redaktionssitzungen geben. Also haltet die Augen und Ohren offen - wegen der Terminankündigungen!
Aus der Sondernummer haben wir die ERklärungübernommen, der wir im MOment nichts hinzuzufügen haben. Konkretere Ausführungen behalten wir uns für die Zukunft vor.
In diesem sinne...:
Wir machen weiter - keine Frage - alle Donnerstage!!!
Jetzt erst recht!!!

die Redaktion dieser woche

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Pressefrechheit-
-Pressefreiheit-
Pressefrechheit-
-Pressefreiheit-



Wöchentliches Berlin-Info

EXTRA-Blatt

Freitag, 13. Juni 1997

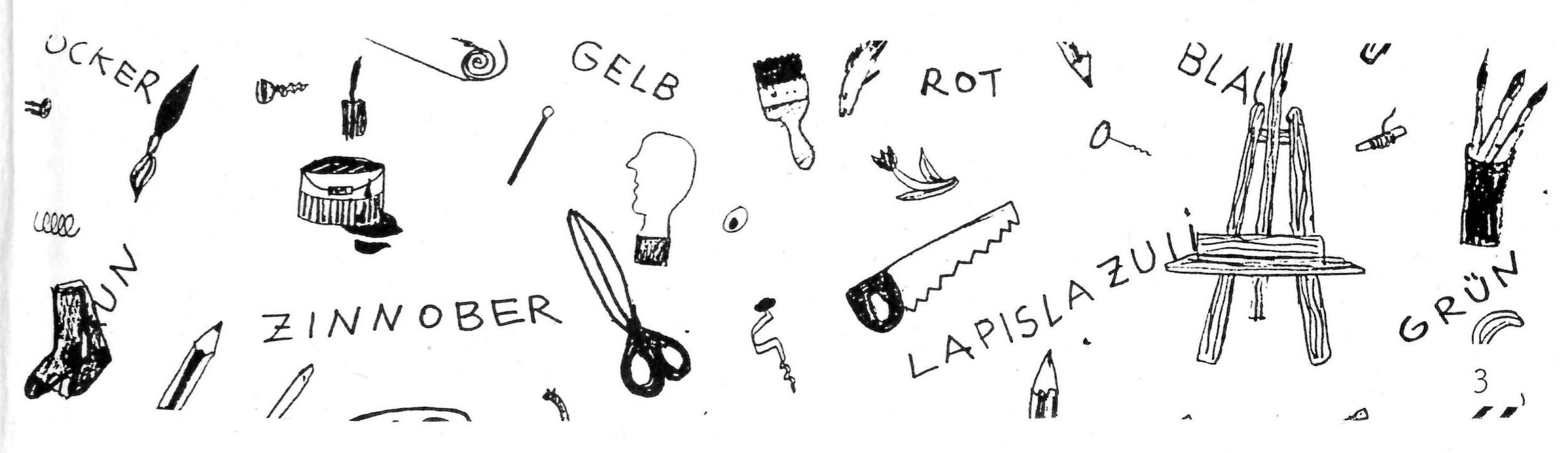
Hallo Leute, kann sein, daß ihr euch heute statt der gewohnten Zeitung mit dieser vierseitigen Sonderausgabe begnügen müßt. Wie ihr gehört habt, hatten wir diese Woche unvorhergesehene Vertriebsschwierigkeiten. Mit eurer Hilfe werden wir dieses Blättchen ersatzweise unter die Leute bringen. Auf den vier Seiten lest ihr eine Erklärung der Durchsuchungsgeschädigten vom Donnerstag, eine Erklärung der „INTERIM", einen amüsanten Bericht des Verfassungsschutzes aus dem Jahr 1995 und zwei Seiten aus der teilweise abgegriffenen Nummer. Nächste Woche gibt es wieder eine vollständige Ausgabe.

Pressemitteilung einiger durchsuchter Projekte und Einzelpersonen

Gestern, am 12. Juni 1997, ließ die Berliner Staatsanwaltschaft mit 500 Polizeibeamten die Wohnprojekte Yorkstr. 59, Reichenberger Str. 63a, einen Büroraum der Antirassistischen Initiatve e.V., Wohnungen in der Rigaer Str. 34, Liebigstr. 14 und mindestens fünf weitere Wohnungen und eine Druckerei in Kreuzberg und Neukölln durchsuchen. Die Durchsuchungsbefehle, die teilweise über einen Monat alt waren, lauteten auf „Belohnung und Billigung von Straftaten".
Mit den Durchsuchungsbeschlüssen wird 12 Personen vorgeworfen, an der redaktionellen Arbeit, der Herstellung und am Vertrieb der Zeitschrift „Interim" beteiligt gewesen zu sein. Acht der Beschuldigten wurden von der Polizei angetroffen. Sie wurden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt, vernommen und am späten Nachmittag wieder freigelassen.
Ein weiterer Durchsuchungsbeschluß betrifft zwei Personen, denen vorgeworfen wird, ein Plakat mit der Überschrift „Der General putzt fürs Kapital", auf dem Innensenator Jörg Schönbohm als „Mr. Propper" bezeichnet wird, plakatiert zu haben. Da das Plakat kein V.i.s.d.P. hat, werden sie beschuldigt, es auch hergestellt zu haben. Ex-General Schönbohm hat mit den Durchsuchungen einmal mehr bewiesen, daß die MacherInnen des Plakates den Nagel auf den Kopf getroffen haben.
Bei allen Durchsuchungen rückte die Polizei mit einem völlig übertriebenen Aufgebot an. In der Reichenberger Str., der Rigaer Str. und der Liebigstr. verschafften sich Schönbohms Büttel mit Gewalt Zutritt zu den Häusern, ohne sich die Mühe zu machen, vorher zu klingeln.
Im Hausprojekt Yorkstr. 59 wurden sämtliche Wohnräume aller 60 BewohnerInnen - entweder mit der beliebten Ausrede „Gefahr im Verzug" oder völlig ohne Begründung - durchsucht. Die Bewohnerinnen erhielten teilweise keinen Zutritt zu ihren Zimmern.

Eine Touristin aus Uruguay wurde in Gewahrsam genommen - sie könnte ja illegal sein. Auch in Räumen, für die es keinerlei Durchsuchungsbefehle gab, wurden willkürlich Zeitschriften, hunderte von Disketten und Computer beschlagnahmt. Auch die Durchsuchung der Antirassistischen Initiative fand ohne richterlichen Beschluß statt. Die Vermutung liegt nahe, daß mit der gesamten Durchsuchungsaktion Überblick und Einsichten in linke Wohnprojekte gewonnen werden sollten.
Die Behauptung von Polizei und Staatsanwaltschaft, die Redaktionsräume der „Interim" befänden sich in irgendeiner der durchsuchten Wohnungen oder Wohnprojekte, ist absurd. Die „Interim" ist eine Wochenzeitung, die - für alle ersichtlich - aus den Beiträgen besteht, die über eine öffentliche Postadresse zugeschickt werden. Sie ist Diskussionsforum für das gesamte Spektrum der radikalen, autonomen Linken. Sie wird von den Beiträgen ihrer LeserInnen getragen.
Die kontinuierliche Kriminalisierung autonomer Politikformen richtet sich immer wieder auch gegen ihre Medien. Vor zwei Jahren durchsuchte die Bundesanwaltschaft bundesweit Wohnungen wegen der linksradikalen Zeitschrift „radikal" und verwandelte eine Zeitschrift kurzerhand in eine „terroristische Vereinigung". Auch die „Interim" wird seit ihrem Bestehen von Innensenatoren und „Staatsschützern" angegriffen. Pressefreiheit existiert eben nicht für alle.
Wir wehren uns dagegen, daß Teile der Berliner Medien - allen voran die SFB-Abendschau und die BZ - die Darstellungen der Staatsanwaltschaft als Wahrheit verkaufen und Beschuldigte mal eben als „RedakteurInnen" und Wohnprojekte als „Redaktionsräume" bezeichnen. Wir werden Gegendarstellungen verlangen.

**Mit uns wird es keine „saubere Hauptstadt" geben. Wir lassen uns unsere Medien nicht kriminalisieren.
Ein lebendiger Widerstand braucht Zeitungen... Und die werden wir lesen, weitergeben und unterstützen!**



Ein Prinzip kann man nicht verhaften!

Seit neun Jahren erscheint die INTERIMwöchentlich. Observationen, Verfolgungen, Ermittlungsverfahren konnten ihr Erscheinen nicht verhindern. Der Verfassungsschutzbericht 1995 machte das „hohe Maß an Vertrauen und Disziplin" unter den MacherInnen dafür verantwortlich, daß es bisher nicht gelungen ist, uns mundtot zu machen. Nun glauben die Polit-Kommissare, einen Fang gemacht zu haben. Dazu erklären wir folgendes:

1. Es gibt keine feste Interim-Redaktion, genauso wenig wie eine feste Interim-Produktion oder -Vertrieb. Die Zeitung wird ständig von anderen Menschen zusammengestellt, produziert und unter die Leute gebracht.

2. Wenn irgendwo Papiere gefunden werden, die in der Interim erschienen sind, dann heißt das gar nichts. Die Interim hat einen zugänglichen Postkasten; jede/r hat die Möglichkeit, Papiere an diese Adresse zu schicken, und wir wüßten nicht, was das für einen Straftatbestand erfüllen sollte.

3. Die Bullen haben Druckmaschinen auseinandermontiert, Computer und Akten beschlagnahmt, Verfahren gegen einzelne Leute eingeleitet. Es ist lächerlich zu glauben, daß sie damit die Interim zerschlagen hätten. Die Interim ist ein Kommunikations-PRINZIP: der unzensierte, d. h. nicht gesetzlichen, sondern nur eigenen Regeln unterworfene, anonyme Austausch über Theorie und Praxis undogmatischer linksradikaler Politik. Solange die soziale Zerstörungswut der Herrschenden einen radikalen Widerstand notwendig macht, ist es nicht möglich, sich den Rahmen für die Auseinandersetzung darüber durch die herrschenden Gesetze stekken zu lassen.

Wenn Schönbohm versucht, diesen für uns alle nötigen Austausch durch Beschlagnahmungen und Verhaftungen zu unterbinden, kann er genauso gut versuchen, einen Gebirgsbach in Handschellen zu legen. Wenn es die Notwendigkeit gibt, sich außerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Wege zu verständigen, dann wird das auch geschehen, und es werden sich immer Leute finden, die diese Kommunikation möglich machen, vervielfältigen und vertreiben.

4. Wir sehen die Aktion gegen einen Teil der Strukturen der Interim zu diesem Zeitpunkt als flankierende Maßnahme zu dem Krieg, den die Herren Schönbohm und Landowski uns erklärt haben. In einer Zeit, wo der Widerstand gegen ihre Säuberungspolitik wächst - Innenstadt-Aktionen, 2.Juni-Kongress, neue Mobilisierungen unter den WagenburglerInnen, HausbesetzerInnen, Obdachlosen, ImmigrantInnen - soll das Forum weggeschlagen werden, über das eine Vernetzung dieses Widerstandes möglich ist. Auch wenn uns die Auseinandersetzung über unsere Politik oft nicht gelingt, träge oder schräg wird: Schönbohms Kriegserklärung ist angekommen, und wir werden darauf reagieren.

Wer Repression sät, wird Revolte ernten! Wir versprechen, daß die nächste Interim pünktlich erscheinen wird und sich mit dem Thema, wie wir gegenüber den Hauptstadt-Ausputzern in die Offensive kommen, ausführlich beschäftigen wird. Alle, die zu diesem Thema was beizutragen haben, werden Wege finden, ihre Texte der Interim zukommen zu lassen.



Dritte Einladung zur Auseinandersetzung zum Umgang und unserem kollektiven Nicht-Verhalten mit der Vergewaltigung während der Castortage im März 97

Am Dienstag, 10.06 haben sich beim zweiten Treffen leider deutlich weniger Leute beteiligt als beim Ersten.
Zum einen haben wir weiter über die Situation im Wendland und unser Nicht-Verhalten diskutiert, uns darüber ausgetauscht was in uns vorgegangen ist, zum anderen haben wir festgestellt, daß wir die ausführliche Auseinandersetzung in unseren Zusammenhängen führen wollen und können, da wir zu ähnlichen Bewertungen und Schlußfolgerungen gekommen sind. Wir möchten also das Treffen nutzen, um zu überlegen, wie wir uns jetzt und in Zukunft konkret Verhalten wollen, da im Wendland weder versucht wurde noch gelungen ist, Raum für eine Auseinandersetzung zu schaffen und Sensibilität zu entwickeln. In Zukunft sollte von vornherein Sexismus und das Verhältnis zwischen Frauen und Männern thematisiert und Bestandteil unserer alltäglichen Politik werden, um über Lippenbekenntnisse hinaus zu kommen.
Es gibt unterschiedliche Erfahrungen und damit verschiedene Ansätze und Ideen aber gerade deshalb ist es wichtig und notwendig sich auszutauschen und gemeinsam die Diskussionen zu führen, die geführt werden müssen.

Der Bedarf sich Auseinanderzusetzen ist da,
die Möglichkeit es zu tun ebenfalls !!!

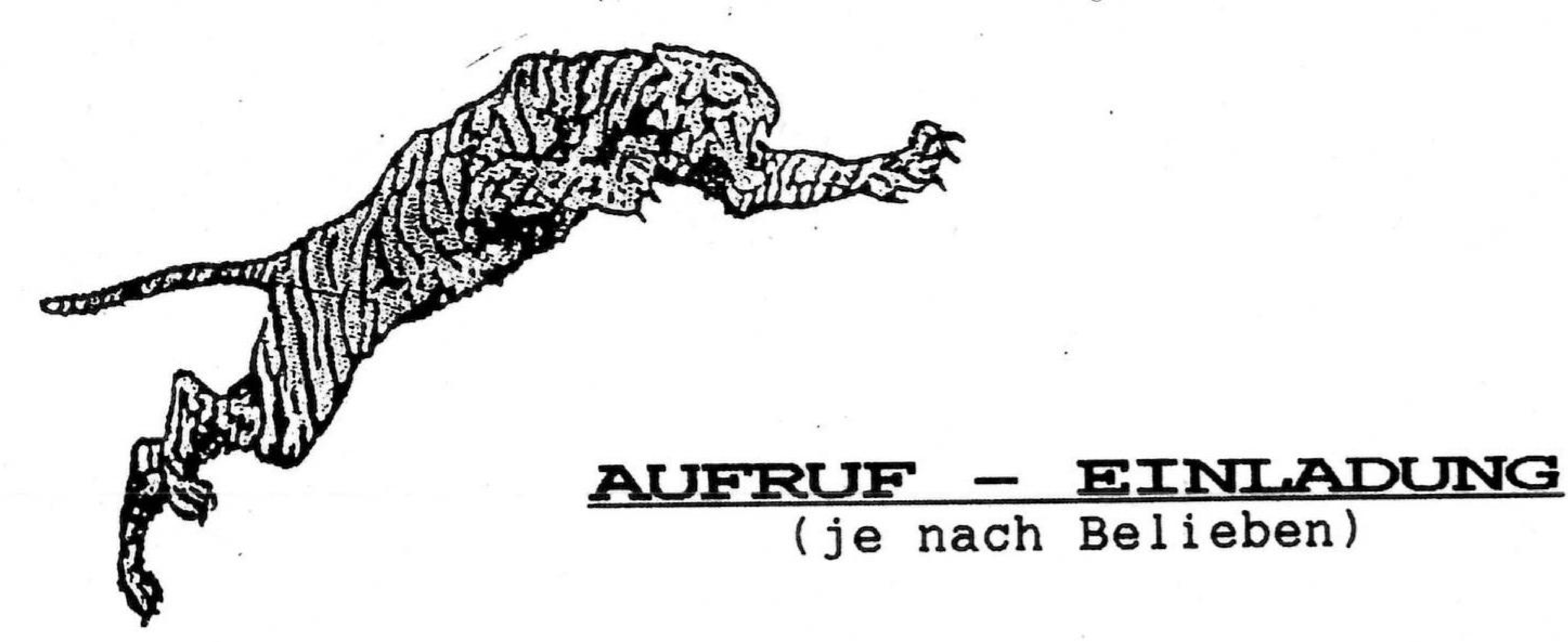
Kommt zahlreich ...

... am Dienstag, den 24.06.1997 um 20.00 Uhr in den Versammlungsraum vom Heile-Haus in der Waldemarstr. 36 in Kreuzberg

wir haben in der nacht zum 13.6. den roten renault des kreisfunktionärs der republikaner peter schönemann storchweg 15 angegriffen. die reps wollen am wochenende eine veranstaltung am pariser platz machen. der weg dorthin soll schwer werden.

Meister proper





AUFRUF – EINLADUNG
(je nach Belieben)

Wie viele ja wissen, steckt der Papiertiger in einer Krise. Dies betrifft nicht nur die Zahl der zahlenden Mitglieder (Achtung: Aufforderung zur Unterstützung!).
Inzwischen sind wir, die wir dort sammeln, archivieren, putzen und Ladendienst machen, an den Grenzen unser Leistungsfähigkeit angelangt. Auch wir sind in den letzten Zeit weniger geworden – und auch nicht jünger (der Zwang zur Lohnarbeit greift auch bei uns).
Daher laden wir alle, die Interesse haben, in unserem Archiv mitzumachen,
also Papiere zu wälzen, zu sortieren, Dokus zu erstellen etc.,
herzlichst ein,

am Sonntag, 6.7.97
um 17 Uhr
in den Papiertiger, Cuvrystr. 25, 10997 Berlin

zu kommen.

AUSSERDEM

wollen wir hiermit noch auf neue öffnungszeiten aufmerksam machen:

Mo. JETZT 11.00 - 14.00 Uhr
Do. wie gehabt 14.30 - 18.00 Uhr.

Bis dann dann.

Die PTlerInnen

Wir suchen
1. Musik- oder Krachinstrumente
2. gebrauchte Bilder- und Kinderbücher für unseren Kinderladen in Friedrichshain für Kiddies zwischen 1 1/2 und 6 Jahren: möglichst mit schönen Bildern und möglichst anti-rassistisch und/oder nicht rollenspezifisch etc.

Abzugeben im Papiertiger junior
Cuvrystr.25
Berlin-Kreuzberg



Begleittext zur Ausstellung "Versuche über die Kulturfähigkeit der Autonomen": Schiffbrüchige Versuche über "die Autonomen" und ihr Verhältnis zur Kultur

"Kommunikationsguerilla will die Ästhetisierung öffentlicher Orte durchbrechen und soziale und kulturelle Räume repolitisieren, indem sie diese Ästhetisierung auf der Ebene der äußeren Form sichtbar macht und angreift."
("Handbuch der Kommunikationsguerilla", S.33; wir lesen nicht "nur" "Die goldene Horde"!)
Erstmal gut gelacht über die Ausstellungsankündigung der Floraveranstaltungsgruppe (VG), dem Konter Anerkennung gezollt, dann aber doch wütend geworden. Nun, es gibt wahrlich wichtigere Dinge als Auseinandersetzungen über die Dekoration der Florahalle - eigentlich kein Grund, Zeit und Papier drauf zu verschwenden. Tu ich aber doch, denn erstens hat die VG ja schon die öffentliche Ebene gewählt, zweitens regt mich die Form auf, in der alte, kontraproduktive und klischeehafte Frontstellungen fortgeführt oder wiederbelebt werden und drittens finde ich die dahinterstehende grundsätzliche Diskussion wichtig, die ruhig auch mal in der Zeck geführt werden kann.

1) Vorgeschichte der "Ausstellung"

Eines Tages im April waren Wände der Florahalle strahlend weiß. Nachträglich erfuhr man, daß die teils jahrealten Sprüche an den Wänden der Partydekoration im Weg standen, angeblich für irgendwelche Dia-Shows - unter der Hand hieß es dagegen, daß der "Hippiescheiß" eh gestört hatte. Beide Begründungen und die Art des Vorgehens (keine Absprache oder Ankündigung) haben mich genervt und einige der alten Sprühereien gehörten für mich schon zur Flora dazu (ohne ihre inhaltliche Aussagekraft hier überbewerten zu wollen). Deshalb und weil deren Entfernung zugunsten von Parties vielleicht symbolischer Ausdruck der Floraentwicklung ist, wollte ich ein wenig Nachdenken und Diskussion darüber anstoßen - per Sprühdose, um auf der von der VG vorgegebenen symbolischen Ebene Kritik anzumelden.
Das Ergebnis: da wo früher "Brände kommen, Feuer gehen, Rote Flora bleibt bestehen" stand, zierte nun "Parties kommen, Feten gehen, unsere Sprüche bleiben stehen - Flora bleibt rot (ein bißchen) (mindestens)" die zwischenzeitlich ordnungsgemäß weiße Wand. Nicht sonderlich intelligent und auch nicht für die Ewigkeit (ich hätte es nach ein paar Wochen selber wieder übergepinselt), sondern als Anstoß gedacht.
Die Reaktion hat mich einigermaßen überrascht in ihrer Peinlichkeit, Spießigkeit und Diskussionsverweigerung: vor der nächsten Party wurde wieder alles geweißt bis aufs "Flora bleibt rot" (das hättet Ihr ruhig auch gleich noch mitentfernen können, so ists wirklich nur noch eine Worthülse, auch wenns gut gemeint war) und immer noch kein Wort dazu.
Mir hat das als Antwort gereicht, aber für andere gings da erst los, neue Sprühereien kamen dazu. Einiges war auf der "Scheiß-Techno"-Ebene (bzw. versuchte wohl, durch Reproduktion autonomer Klischees zu provozieren), anderes durchaus aussagekräftig, z.B. ein hochkopiertes Zitat über Graffitientfernen aus "Die goldene Horde", deshalb die Anspielung der VG darauf. In dem Moment schien die Weißmachfraktion kapituliert zu haben, hat dann aber auf der Ankündigungsseite der Mai-Zeck mit der Ausstellungsankündigung reagiert. Der Part der Lächerlichkeit scheint nun wieder auf der Seite der Schmierfinke zu liegen.

2) Techno, Kultur, Rote Flora

In den neuen Graffities klingt er an, der alte Streit um Techno. Wenn da steht: "Krawallästhetik statt Yuppieambiente", dann wird aber auch klar, was für die diesbezüglichen Diskussionen in der Flora schon länger gilt: daß es nicht (mehr) um Techno an sich oder die Berechtigung von Technoparties in der Flora überhaupt geht, sondern um einige ihrer -auch politisch zu bewertenden - Begleiterscheinungen, Voraussetzungen und Folgen (geweißte Wände sind nur ein symbolischer Ausdruck dafür, als solcher aber von eigenständiger Bedeutung).
Wie so oft in vergangenen Diskussionen, konstruiert der Text der VG aus der Problematisierung einzelner Aspekte eine grundsätzliche "Hierarchisierung von kulturellen und politischen Praktiken ... bei Autonomen". Damit werden alte Klischees und Frontstellungen (Hardcore vs. Techno, Politik vs. Kultur, Autonome vs. Spaß, ...) wiederbelebt und nebenbei auch eine **Definitionsmacht** beansprucht darüber, was Kultur ist und was nicht. Die eigenen kulturellen Formen werden zu Kultur überhaupt totalisiert. Das ist für mich genauso daneben wie das entsprechende Vorgehen von der anderen Seite, die pauschale Denunziation von Techno(-parties) als unpolitisch, kommerziell, kulturell minderwertig usw.
In der Flora hat sich aber inzwischen eine Sicht durchgesetzt, die diese Parties grundsätzlich in Ordnung findet, die VG hat sich an den meisten Punkten durchgesetzt oder es wurden Kompromisse gemacht. Ihre Herangehensweise wird zumindest toleriert, solange bestimmte Aspekte der Florapolitik und andere, auch weniger "professionelle" und hippe Kulturmachende nicht völlig an den Rand gedrängt werden. Jedenfalls sehe ich das so - vielleicht ist es nur Wunschdenken, weil ich die Nase absolut voll davon habe, mich gegenüber der einen Seite für mein Floraengagement zu verteidigen, weil die doch "politisch längst tot" sei und von der anderen Seite wegen des Festhaltens an politischen Ansprüchen an die Flora als dümmlichen Anachronismus betrachten zu lassen, der in seiner Borniertheit auch noch die Kultur einschränkt, unterdrückt, fast schon: zensiert.
Daß **jede** politische Handlung sich in kulturellen Formen vollzieht und **jede** kulturelle Handlung politische Implikationen hat, gehört zurecht zum Argumentationsrepertoire der VG, wird wie in diesem Fall jedoch ignoriert, wenn es nicht in den eigenen Kram paßt - wohl um einer Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen. Stattdessen macht man/frau es sich leicht, zieht die Angelegenheit öffentlich auf die Ebene der bekannten Klischees; alle die den Text lesen, sollen den Eindruck erhalten, daß die innovative Kulturfraktion mal wieder Streß mit "den" (primitiven, eingleisigen, überpolitisierten) "Autonomen" hat. Ein öffentlich etabliertes und bis zum Erbrechen reproduziertes Deutungsmuster, das da benutzt wird und das im Rahmen mehrheitsfähig werdender Versatzstücke "der" Postmoderne durchaus Herrschaft absichernde Ideologie ist oder sein kann.

3) Arroganz

Die Benutzung von Begriffen wie kulturelle Grammatik, Semiotik usw. soll dem sympathisierenden Publikum zeigen, auf welcher Seite die Leute mit Hirn sitzen und auf welcher nicht. Es sind Schlagworte im doppelten Sinne: mit ihnen wird auf "die Autonomen" eingedroschen und sie werden benutzt, weil sie gut klingen, ohne sie erklären zu müssen (geschweige denn wollen) oder darüber nachzudenken, ob sie überhaupt wirklich passen: kulturelle Grammatik z.B. meines Wissens nicht, denn die bezeichnet die Gesamtheit kultureller Verhaltensweisen/-regeln, die gesellschaftlich Herrschaft absichern - dazu gehört das Sprühen (zumindest dem Anspruch nach subversiver) Parolen weit weniger als ihr Entfernen (siehe das bereits erwähnte "Handbuch der...").
Und was verdammt nochmal heißt denn "Kulturfähigkeit"? Und was hieße dann "Kulturunfähigkeit", die ja wohl eigentlich gemeint ist? Auf den ersten Blick klingt das witzig, und eine als Witz daherkommende Kritik kann ich gut annehmen. Aber dieses

Wort und die Assoziationen, die es auslöst, kommen aus einer Begriffswelt, die ich völlig daneben finde, bei einigem Nachdenken kommt einem das Kotzen!
Für mich ist das Teil eines Vorgehens, das stark davon angetrieben wird, sowas wie kulturelles Kapital zu erlangen und zur Schau zu stellen, für das ich immer wieder Anzeichen sehe und das mich nervt. Dieser ganze Gestus von Allwissenheit in bestimmten kulturellen Bereichen, der den alten dogmatischen Führungsansprüchen von Politmackern durchaus ähnelt, für die eigenen Zukunftsperspektiven und Geltungsansprüche aber inzwischen erfolgversprechender ist.
Da wird eine bestimmte Ausdrucksweise entwickelt und gepflegt, um ganz vorne dabei zu sein. Von dort aus wird dann wohlwollend (oder nicht) alles andere bewertet. Die 17°C ist z.B. "auch recht weit vorne", wegen der Kulturartikel und "abgesehen vom Layout". Ein kulturell und politisch innovatives Projekt, das aus der von den MacherInnen wahrgenommenen Krise und Theorielosigkeit der Autonomen entstanden ist, wird da gleichzeitig herablassend und anbiedernd nach ganz coolen Kriterien beurteilt - scheinbar mit Erfolg: das Fußnotenkapitel der neuesten Ausgabe zeigt sich sehr wohlwollend gegenüber den Floraveranstaltungen, die persönlichen Kontakte sind hergestellt, die verbliebene Streetcredibility war bestimmt ganz nützlich dabei.
Um die gröbsten Mißverständnisse zu vermeiden: einiges mag überzogen oder überinterpretiert sein (und ist eigentlich auch nicht mein Bier) und einen Großteil der Veranstaltungen, die dabei rauskommen, finde ich richtig gut. Aber die Grenze wird für mich da erreicht, wo das Verhältnis zur Flora instrumentell zu werden droht, wo sich mit den anderen dort vertretenen Gruppen und Ansprüchen höchstens noch arrangiert wird und wo "die Autonomen" konstruiert werden, in einer Art, die nur der Abgrenzung und eigenen Aufwertung dient und auf gesellschaftlich längst etablierten Hierarchisierungen beruht.

4) Autonomie und Postmoderne, Theorie(losigkeit) und Praxis(verweigerung)
Zum Klischee der autonomen Theorielosigkeit und der angeblich unüberbrückbaren Differenz zwischen bestimmten Theorie- und Kulturmustern und (autonomer) Politik:
Die Universitätsseminare zu Poststrukturalismus, Dekonstruktion usw. (im folgenden benutze ich dafür einfach den Begriff Postmoderne, obwohl er problematisch ist) sind voll mit im weitesten Sinne "Autonomen". Das ist nicht überraschend, denn zumindest Versatzstücke von postmodernen Theorien waren immer auch wichtig für bestimmte autonome Spektren, z.B. in der Verortung gesellschaftlicher Macht(verhältnisse), der Bedeutung von Zeichen, Symbol und Form, zumindest ansatzweise auch der Geschlechter- und Identitätskonstruktion.
Das mag gewagt klingen, natürlich lassen sich reichlich Gegenbeispiele finden - es hängt halt davon ab, worauf man/frau sich bezieht, wenn es darum geht, den Begriff "autonom" zu füllen ... und als deutscher Mittelschichtsstudent und "Nach-89er" ist mein Blickwinkel halt ein spezifischer. Das Ableiten autonomer Modelle der Vermittlung von Politik, Kultur und eigenem Leben in Borniertheit, zerstörerische Ansprüche und Frustrationen, habe ich weniger als andere miterlebt. Vielleicht deshalb ist mein Verständnis von "autonom" immer noch stark geprägt von Begriffen, die andere scheinbar gar nicht damit assoziieren können: offen, durchdacht, solidarisch, suchend, innovativ, lebensfroh, kämpferisch, positiv....
Die Möglichkeit von Autonomie an sich oder gar einer autonomen, "entkolonialisierten" Identität wird durch postmoderne Theorien zurecht bestritten. Mit Autonomie verbundene Gedanken sind jedoch oft genauso Produkt wie Kritik der Moderne. Sie treffen sich vielfach mit postmodernen Theorien, soweit diese im Kern emanzipatorisch sind (und das sind einige). "Die Verhältnisse zum Tanzen bringen" klingt als autonome Parole inzwischen realitätsfremd, könnte aber genausogut ein Ausdruck "postmodernen" Denkens und Handelns sein (von Queering bis Cyberpunk).
Selbstverständlich kann man/frau den ganzen Kram auch benutzen, um auf alles draufzuhaun, was sich links noch bewegt; selbstverständlich wirken viele "autonome" Praktiken entsetzlich krampfig, antiquiert und unbefriedigend. Wie mit all den schönen Modellen von kultureller Subversion, Guerillasemiotik, diskursiven Strategien, Nutzung neuer Technologien usw. mehr bewegt werden soll und wie das in "unsere" Praxis übersetzt und integriert werden soll, bleibt noch völlig unklar und zweifelhaft - vieles davon ist der pure Hype. Die Aufwertung der Zeichen-, Sprach-, und Kulturebene ist gerechtfertigt, um Aufklärungs- und Befreiungsvorstellungen zu problematisieren, ihre Verabsolutierung für mich jedoch nicht. Dasselbe gilt für die Kritik an "autonomen" politischen Praktiken: solange ich keine besseren finde, werde ich mit einem teils unbefriedigten Gefühl vieles vom Alten fortsetzen, gleichzeitig stets auf der Suche nach etwas Neuem und Lernprozessen sein. Bevor gar nichts mehr passiert, halte ich lieber bestimmte Theorie-Praxis-Widersprüche aus, solange ich das was dabei rauskommt, noch als irgendwie emanzipativ, antagonistisch und trotzdem "human", eben linksradikal bezeichnen kann.
Es macht einen Unterschied, ob die Theoriearbeit der Selbstkritik und Weiterentwicklung dient oder eher der Aufarbeitung und Entsorgung der persönlichen Vergangenheit, der Legitimierung des politischen Sesselpupens, dem Aufspringen auf den neuesten Zug. Es macht auch einen Unterschied, ob ich meine Erkenntnisse und Verunsicherungen mit anderen teile, um gemeinsam voranzukommen oder ob ich individuelles Prestige und Wissenshierarchien damit anstrebe. Da sehe ich die Differenz im Stil zwischen z.B. dem Text des Edutainmentclubs und dieser ach so witzigen Ausstellungsankündigung, auch wenn es unfair ist, das zu vergleichen.

Wie überhaupt vieles vielleicht unfair und übertrieben ist in diesem Text - es ist aber schwer, sich zwischen den Klippen von "Steinzeitpolitik" und "Diskursfetischismus" nicht von einem Extrem zum anderen treiben zu lassen, wenn man sich auf dem Meer dazwischen bewegen will. Da will ich mich aber bewegen, da vermute ich eine offene, handlungs- und lebensfähige Version von Politik und für mich ist die Rote Flora noch sowas wie ein Schiff auf diesem Meer. Ein Begriff für diese Politik ist mangels besserer Alternativen immer noch "autonom" und genausowenig, wie ich anderen meine Version davon vorschreiben will, lasse ich mich auf positive oder negative Versionen davon reduzieren. Gerade weil die, die in und um die Flora etwas machen, in verschiedene Richtungen wollen, ist mir eine Gemeinsamkeit zumindest im Willen zur Auseinandersetzung und im Bezug auf alle, die sich dazu zählen, wichtig - ohne daß ein gemeinsamer Kurs dabei rauskommen soll oder überhaupt kann.

Roppinson Kruse



dem vereinzelte, super schlaue Aufständische das System austricksen: Bumm! Dabei ist es eher üblich, daß Hacker bei Software-Unternehmen anheuern und ihr Wissen in die Sicherheitsberatung einbringen. Die subversiven Phantasien der Kommunikationsguerilla speisen sich aus verschiedenen Quellen von den psychoakkustischen Experimenten Burroughs: *„Geräuscheffekte von Krawallen können einen tatsächlichen Krawall auslösen, wenn eine Krawallsituation besteht"*, bis zu den Praktiken und Thesen italienischer RadiopiratInnen: *„Die Ausstrahlung der produktiven und politischen Informationen unterbrechen, die Zentren der Sammlung und Speicherung der Daten sprengen und zerstören, die Gehirne, in denen die Informationen gespeichert sind, sabotieren. Das ist die aktuelle Ebene der Guerilla, der Situation angemessen, in der der Staat als Instrument der politischen Koordination der kapitalistischen Bewegung sich im elektronischen Gehirn darstellt."* (Radio Alice) Die historische *„Kommunikationsguerilla"* hat den wichtigen Schritt getan, nicht nur die Botschaft der Medien als ideologisch zurückzuweisen, sondern auch ihre Struktur: die Einseitigkeit der Massenkommunikation, die Dominanz sendender Masterminds, die Zerstückelung der Information in unterhaltende Spots, die weiche Vertreibung der Subjekte von der Straße in die Wohnzimmer, in ihre *„SoHo"*s, ihre *„small offices/ homes"*.

CYBER RIGHTS NOW!

Diese Position, die McLuhan mit der Parole *„The medium is the message"* weltweit be-kannt gemacht hat, wird in den letzten Jahren allerdings nur noch rein technisch formuliert. Entweder stößt man auf die positive Position: *„Das Internet ermöglicht einen gleichberechtigten Zugang zu Wissen und Information, ermöglicht many-to-many-communication und damit mehr Demokratie"*, oder auf ihr negatives Double: *„Die Architektur der Chips und der PCs unter MSDOS-Herrschaft ist eine Architektur der Macht"* (Kittler).

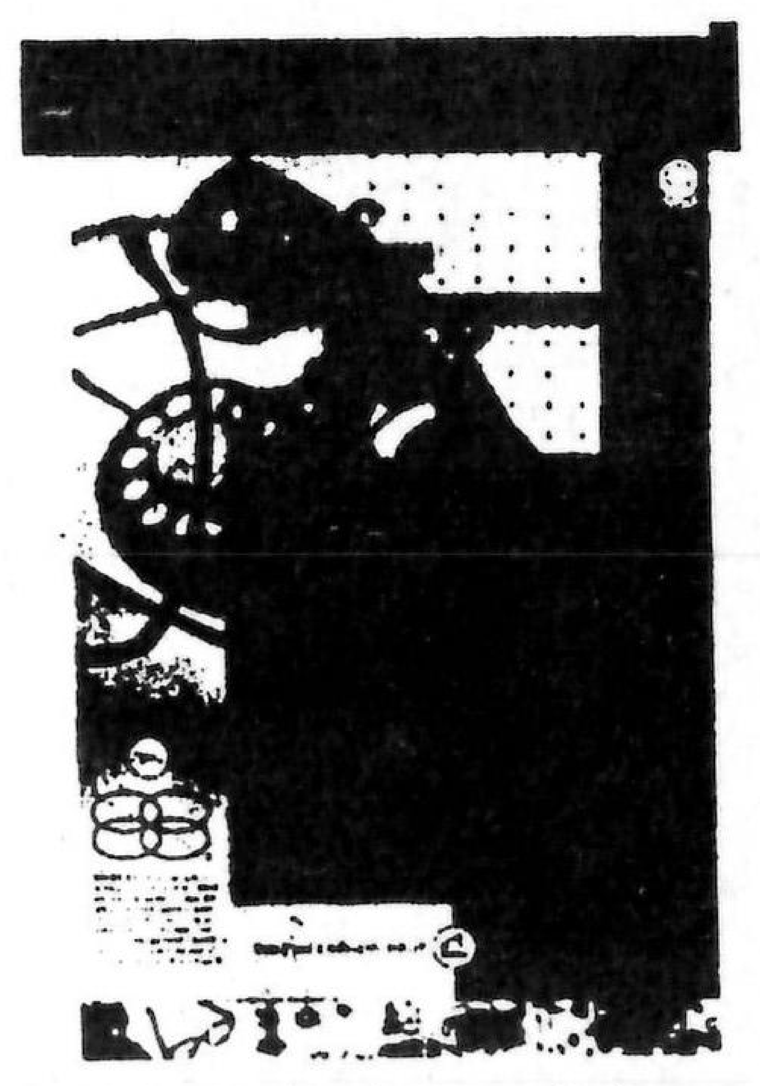
6. Aufklärung kaputt

Das zentrale Stereotyp der Netzdebatte ist die Behauptung *„Mehr Kommunikation - mehr Wissen - mehr Demokratie"*. Unausgesprochen wird damit auf das Versprechen der Aufklärung verwiesen: Wissen wird die Subjekte befreien. Der Automatismus des aufklärerischen Programms, befreie dich selbst durch das Wissen, das du hast, hat aber nicht funktioniert. Das liegt bekanntlich daran, daß Wissen und Information selbst Herrschaftssysteme sind. Und so hat auch ihre massenhafte Verbreitung seit dem 18. Jahrhundert die Verbindung von Wissen und Macht nicht gekappt, sondern institutionalisiert und allgegenwärtig gemacht. Jedes Subjekt durchläuft in seiner konkreten Lebenszeit Verfahren wie Alphabetisierung und Schule, Stillsitzen und Sich-Disziplinieren, die ein *„Wissen der Ordnung und der Anpassung"* vermitteln. Danach *„weiß"* das Subjekt, daß es nicht den Chef beleidigen, nicht bis zwölf Uhr mittags schlafen und nicht verpassen soll, *„etwas aus sich zu machen"*. Es hat die Lektion der Institutionen und ihre Regeln wie Wissenschaftlichkeit und Bürokratismus, ihre Versprechen wie Karriere und Glück und auch ihre Drohungen kapiert: *„Eine Lehrerin, die einen Schüler abfragt, informiert sich nicht, ebensowenig informiert sie, wenn sie eine Grammatik- oder Rechen-Regel lehrt. Sie 'unterweist', sie gibt Anordnungen, sie kommandiert. Die Anordnungen eines Lehrers sind dem, was er uns lehrt, nicht äußerlich und werden ihm nicht hinzugefügt."* (Gilles Deleuze/ Félix Guattari).

7.Unterhaltungsfuturologie: Freizeitparks

„Ein High-Definition Bildschirm mit den Umrissen eines Micky Maus-Kopfes. Ein statischer Schneesturm fegt über den Schirm. Auf dem Bildschirm erscheint das nächtliche Schloß von Dornröschen. Die Zinnen von Feuerwerk erleuchtet. Das Siegel des U.S.-Präsidenten erscheint in einem Ring strahlender, konzentrischer Kreise. Der Adler wurde durch einen Micky Maus-Kopf ersetzt." (Darius James: Negrophobia) In der wirklichen Wirklichkeit, der wir hier auf den Fersen sind, bewegen wir uns nicht auf die *„e-democracy"* zu, sondern auf eine spätkapitalistische Gesellschaft, in der immer mehr Bereiche wie Dienstleistung, Medizin, Landwirtschaft, Produktion und Freizeitindustrie computertechnisch unterstützt ablaufen. Am Beispiel der Freizeit können wir einige Entwicklungen technisch gestützter Kontrolle erfrischend konkret an unserem eigenen Leben nachvollziehen. Die Freizeit ist der Ort, wo das Subjekt individuell angerufen wird, sich selbst zu verwirklichen. Diese Selbstverwirklichung wird immer mehr zu einem hochindividuellen, äußerst anstrengenden Prozeß geschmackvoller und möglichst differenzierter Konsumption, sportlichem Körpermanagement und kompetenter Kulturaktivität. Die Freizeit ist also nicht nur der Feierabend, an dem sich das Fabrik-Subjekt mit standardisierten Massenangeboten der Unterhaltung kurzweilt, sondern ein zunehmend komplizierter und umstrittener Ort. Das hat mehrere Gründe: Erstens werden immer mehr Menschen durch technische Rationalisierung und neoliberale Austeritätspolitik in die Dauerfreizeit Arbeitslosigkeit entlassen. Gleichzeitig will der Kapitalismus aber zweitens in der Freizeit sein Versprechen von Freiheit als Individualität und Konsum einlösen: Hier soll sich das Individuum selbst kaufen als ausgeklügeltes System von umweltverträglichem Shopping, kultureller Kompetenz und geglückter Selbstfunktion. Drittens liegt aber in der Freizeit auch ein ambivalenter Freiraum, den bisher alle sozialen Bewegungen für eine autonome Nischenpolitik genutzt haben. Und so befindet sich der Kapitalismus sowohl in dem herrschaftstechnischen als auch ökonomischen Zugzwang, seine Freizeitindustrie immer wieder zu reaktualisieren und zu intensivieren. Die



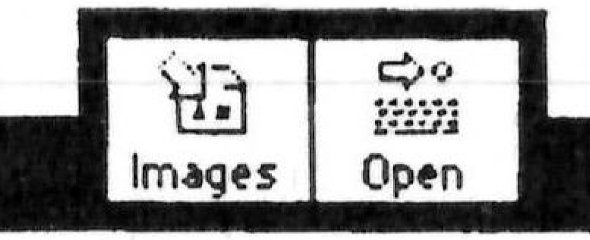


Freizeitindustrie koppelt deshalb an Sub- und Popkulturen an und führt immer differenziertere Stile in das metropolitane Konsum-Spiel ein. Bei diesem Spiel geht es um die Konstruktion von Zeiträumen, in die die Sehnsucht der Subjekte nach *„dem Leben jetzt sofort"* abgelenkt werden kann. Technik spielt dabei eine doppelte Rolle. Auf der Zeichen-Ebene garantiert sie den orangenen Sci-Fi-Glanz des Neuen, Hippen und Coolen. Sie verspricht Teilhabe am kulturellen Update und an der stetigen Zunahme des Services: kleine Gadgets zum Mitnehmen, Multimedia at home usw. Gleichzeitig sind die Zeiträume der Freizeitindustrie selbst immer stärker technisch vermittelt: Video-on-demand, Computerspiele, VR-Systeme, Teleshopping. Dazu kommen die mit Videokameras und Klimaanlagen technisch abgesicherten und gleichzeitig



Technik ästhetisierenden Shopping Malls, Multiplex-Kinos, Musical Halls, Freizeit- und Themenparks. Sie entstehen als ökonomische Modernisierung dort, wo Kohle- und Stahl-, Auto- und Werftenindustrie in die Krise geraten sind. Ironischerweise bieten sie einer arbeitslos werdenden Bevölkerung forcierte Konsumangebote, integrieren aber gleichzeitig einen Teil der von Arbeitslosigkeit bedrohten Leute in schlecht bezahlten Dienstleistungsjobs der Multimedia-Industrie. 1992 wurde so zum Beispiel Euro-

Disney in Marne-la-Vallée, einem ausgedienten Schwerindustriestandort bei Paris, gebaut. In Bremen entsteht auf dem ehemaligen Werftgelände der AG Weser ein *„Space Park"*, ein Weltraumvergnügungszentrum mit Raumfahrtsimulation. Und im benachbarten Bremerhaven ist ein *„Ocean Park"* mit Großaquarium und *„maritimer Erlebniswelt"* in Planung. In Bottrop hat Time Warner dieses Jahr *„Warner Bros. Movie World"* eröffnet, den größten Themenpark Europas. Das Phantasma vom Cyberspace als computervermittelte Konstruktion *„virtueller Welten der Freizeit"*, in denen sich alle vernetzen und amüsieren sollen, ist die technologische Zusammenfassung verschiedener historischer Stationen der *„Unterhaltung der Massen"* wie Rummel und Circus, Panorama und Kino, Tourismus und Fernsehen. Das ist die Futurologie einer Entwicklung, mit der zukünftig nicht



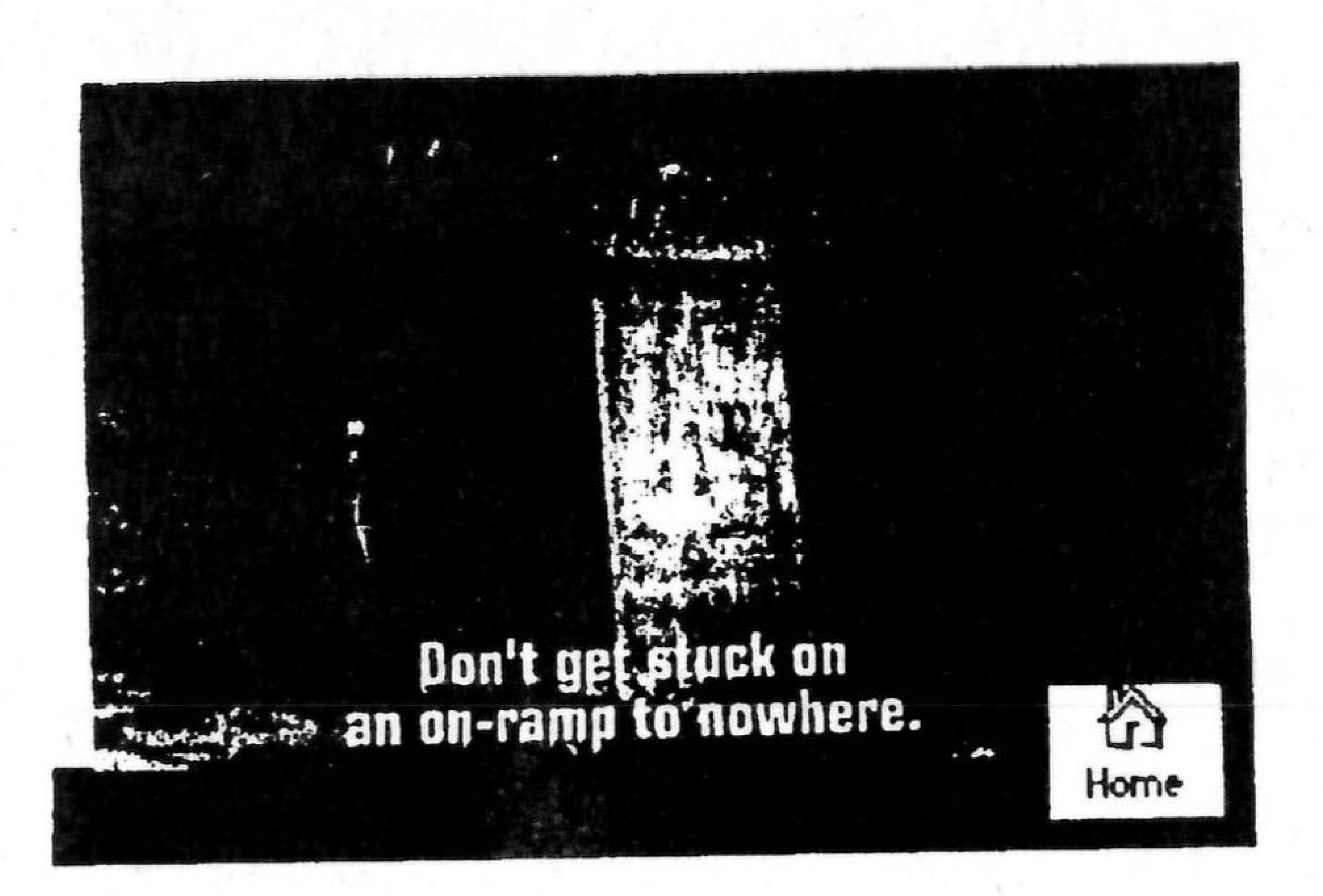
radikal neue Welten erschlossen werden, sondern Reaktualisierungen des Alten in der Software der Freizeitindustrie: maximale Erlebnisdichte.

8.Technoscience

„Klick, klick ist das Vokabular der Nervensprache." (Heinz von Foerster)
Im Sommer erscheint die deutsche Übersetzung von *„Out of control. The rise of neo-biological civilization"*, einem Buch von WIRED-Chefredakteur Kevin Kelly. Es veranschaulicht recht deutlich, wie das *„neue technologische Zeitalter"* in naturwissenschaftlichem Populärjargon als *„evolutionärer Sprung nach vorn"* ausgegeben wird. Kelly feiert mit diesem Buch die *„biologische Wende"* der Gesellschaften, seit der er nicht mehr unterscheidet, was Lebewesen und was Konstruktionen wie *„Roboter, Konzerne, Volkswirtschaft und Computernetze"* sind. Auch für Kelly sind Intelligenz, Netzwerke, Verkehr und Kapitalismus die Hauptstichworte, um die sich alles dreht: *„Nicht nur Räume werden eine vernetzte Intelligenz haben, sondern ganze Gebäude, Einkaufszentren und Städte werden auf diese Weise ökologisch funktionieren. Straßenschilder werden mit einem Auto-Navigationssystem oder einem Stadtplan, den Sie in den Händen halten, kommunizieren. Unsere Umwelt wird belebt, entgegenkommend und anpassungsfähig sein."* Subtext von Kellys begeisterter Ankündigung einer neuen Zeit ist einer der zentralen ideologischen Diskurse der *„information society"*, die Fusion von *„kapitalistischer und biologischer Intelligenz"*. Natur ist dabei ein intelligentes System, von dem wir genauso lernen können, wie wir es neuerfinden und verbessern müssen. Ökonomie und Technik werden im Gegenzug zu Naturtatsachen, bei denen nicht ihre politische Veränderung, sondern ihre Optimierung von Interesse ist. Die us-amerikanische Computerzeitschrift WIRED verbreitet schon seit langem diese Ideologie eines biotechnologischen Kapitalismus und lädt ihn mit gegenkulturellen Ästhetiken auf. Heraus kommt dabei so etwas wie das Märchen vom *„kreativen Cyberkapitalismus"*, in dem alles *„crazy"* und *„außer Rand und Band"* geraten ist, in dem nicht mehr spießige Bürokraten und 17.-Etage-Firmenchefs herrschen, sondern junge, kreative *„Symbolanalytiker"* wie du und ich, die an genialen, technischen Lösungen arbeiten.
WIRED bedient damit die Aufsteigerphantasien von Leuten, die ihren Platz in einem Konzern suchen, der nicht mehr langweilig und konformistisch ist, sondern *„rockt"*. Kevin Kelly und WIRED glorifizieren auf populärem Niveau eine Gesellschaft, in der Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und Gesellschaftstheorie immer enger aufeinander abgestimmt sind und eine kapitalistische *„Technoscience"* bilden. Darin sind Reststücke von fortschrittlichem Wissen wie *„Es gibt keine universale Wahrheit"* oder *„Hierarchische Systeme sind dumm"* integriert. Das ist das Erbe der West Coast Hippies, die ihr vergangenes Leben samt Woodstock, Ökobewußtsein und abweichendem Lebensstil in den technologischen Diskurs eingebracht haben, was sehr gut mit einer technisch-wissenschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre, in Systemen, strategischen Differenzen und Netzwerk-Theorien zu denken, korrespondiert. Zentrale Figur dieses wissenschaftlichen Diskurses ist die *„Selbstorganisation von Systemen"*, die durch nicht-hierarchische Kommunikation und Kontrolle gesteuert sind. Hier liegt der Schnittpunkt einer spätkapitalistischen *„Technoscience"*, in der Theoreme der Linguistik, der Genetik und der Kybernetik quer durch die Bereiche Naturwissenschaft, Gesellschaftswissenschaft und Ökonomie ausgetauscht werden. Dieser Austausch funktioniert sowohl hart in Forschung und Anwendung, als auch weich in einer ausufernden modischen Metaphernpolitik, in der permanent von Codes und selbstgesteuerten Systemen und Maschinen geredet wird: die Zelle als Lesemaschine des DNA-Codes, das Gehirn als Interpretationsmaschine von Nervenimpulsen, der Markt als selbstorganisiertes System der Kapitalströme, das Internet als kollektives Gehirn, klick, klick.

9. Order from noise

Das Theorem der Selbstorgansisation von Systemen ist in einer naturwissenschaftlichen Schule entstanden, die zuerst eher am Rande der etablierten Wissenschaftsszene lag. Am *„Biological Computer Laboratory"* brachte Heinz von Foerster eine interdisziplinäre Forschungsgruppe aus den Bereichen Physik, Systemtheorie, Philosophie, Kybernetik und Biologie zusammen. Alle beteiligten Theoretiker befaßten sich mit Problemen der Instabilität, Nichtlinearität, Komplexität und Selbstorganisation. 1960 veröffentlichte Heinz von Foerster eine Arbeit mit dem Titel *„On self-organizing systems and their environment"*, in der er das Prinzip *„order from noise"*, die Entstehung von Ordnung aus Unordnung, einführte, was gerne als *„Geburtsstunde der Selbstorganisation"* betrachtet wird. Das Theorem der Selbstorganisation ist anhand einer ganzen Reihe von naturwissenschaftlichen Fragestellungen der Kybernetik, der Informations- und Automatentheorie, der irreversiblen Thermodynamik, der molekularen Selbstorgansiation, der Quantenfeld- und Lasertheorie entstanden. Ungefähr seit Mitte der 70er Jahre breitet sich das in diesen Bereichen entstandene Modell der Selbstorganisation von Systemen aus und findet in Teilen der Gesellschaftswissenschaften Einlaß, vor allem in der Medientheorie, der Chaosforschung und natürlich in der Systemtheorie und im radikalen Konstruktivismus, in deren Umfeld dieser Diskurs auch entstanden ist. So taucht ein Hyperformalismus auf, der den Blickwinkel auf die Struktur von Systemen konzentriert, auf ihre Regelwerke, auf die Steuerung, die Evolution und strategische Operationalität von Systemen. Mit der Zeit ist eine unendliche Kette von analogen System-Beschreibungen entstanden: Ökono-



mische Prozesse (vor allem Aktienmärkte, transnationale Konzerne und Weltmarkt), urbane Prozesse (also Straßenverkehr und Stadtsysteme), körperliche Prozesse (Immunsystem, Genom, Gehirn, die Entstehung und Dynamik von Krankheiten wie Krebs) genauso wie das Sozialverhalten von Insekten oder das Wetter werden als dynamisch selbstorgansierte Systeme beschrieben. Diese Darstellung ist ideologisch, weil sie nicht nach der geschichtlichen Konstruktion von Systemen fragt, um sie emanzipatorisch zu verändern, sondern die geschichtliche Konstruktion beobachtet, um ihre Funktionslogik und Effizienz aufzuschreiben, als ein Reservoir von flexiblen Regeln, das sich wieder mit dem anderer Systeme abgleichen läßt.

10. Firmennetzwerke

Neue Managementmethoden formulieren die Probleme sogenannter *„schlanker Unternehmen"* in Begriffen von Geschwindigkeit, Steuerung, Kommunikation und Kontrolle. Unternehmensnetzwerke sollen eine von Kundenwünschen gesteuerte Produktion *„just-in-time"* realisieren. Auf der einen Seite spielt *dabei „global outsourcing"* eine Rolle. Paradebeispiel ist die kalifornische Spielwarenfirma Lewis Galoob Toys, Inc. Galoob kauft die Produktionsideen bei freiberuflichen ErfinderInnen ein, beauftragt für die Entwicklung selbständige Ingenieurbüros, produziert bei einem Subunternehmen in Hongkong, das mit chinesischen Zulieferern kooperiert und vertreibt die fertigen Spielzeuge über freiberufliche VertragsrepräsentantInnen. Auf der anderen Seite sind Unternehmen bei kapitalintensiven Technologien aus Kostengründen auf Kooperationen angewiesen. Managementtheorien preisen diese Veränderungen als flexibilisierte und freiheitliche Produktion auf der Höhe technischer Entwicklung an: *„Der entscheidende Dreh besteht darin, föderale und intelligente Organisationsstrukturen an die Stelle horizontaler und vertikaler Integration zu setzen: Im Kern der Organisation arbeiten einige wenige hochbezahlte Profis, deren Zahl zu klein ist, um eine Bürokratie entstehen zu lassen. Der größte Teil der Arbeit wird von selbständigen Subunternehmern erledigt, die ihre eigenen Herren sind und dank Telefon, Fax, Modem und PC zuhause arbeiten können. Drittens gibt es eine flexible Arbeitskraft, die zu Spitzenzeiten der Nachfrage eingestellt wird und aus Leuten besteht, die gutbezahlte Jobs und nicht Karrieren suchen."* Teilen der Computer-Szene gefallen Szenarien wie das hier von Dirk Baecker zitierte ausnehmend gut. WIRED hat schon vor Jahren Management-Gurus wie Tom Peters und seine Idee vom *„Liberation Management jenseits der Hierarchien"* zitiert.

11. Biomacht

Dieser neue, hippe *„technoide Kapitalismus"*, der im Diskurs der neuen Medien als *„sensationelles System"* promotet wird, soll in Zukunft auch zur genetischen Rundumverbesserung der Gesellschaften imstande sein. Robert Shapiro, der am Genom-Projekt beteiligt ist, gibt in seinem Buch *„Der Bauplan des Menschen. Die Genforschung enträtselt den Code des Lebens"* als Grund für eine DNA-Datenbank die *„umweltbedingte Mutagen-Bedrohung* an, die Gefahr, nach jahrzehntelangem Pestizid- und Chemikalieneinsatz vor einer *„genetischen Katastrophe, die jahrhundertelang unbemerkt bliebe"* zu stehen. Die Kartographie des menschlichen Erbguts soll deshalb den *„Bevölkerungskörper"* überwachen und Schädigungen so früh wie möglich anzeigen. Dieser Diskurs der Biomacht taucht in den reichen kapitalistischen Staaten auch in der Rhetorik individueller Gesundheit auf: Auch du kannst froh sein, daß es genetische Krebsforschung, gentechnisch hergestelltes Insulin, gentechnisch hergestellte Wachstumshormone, künstliche Befruchtung und pränatale Diagnostik gibt. Während vor allem Frauen im Trikont entindividualisierter Gegenstand von Bevölkerungspolitik sind, werden Frauen und Männer in den Industrienationen als KundInnen kapitalintensiver Gen- und Reproduktionstechnologien angesprochen, solange sie sie noch bezahlen können. Wir sind also längst nicht am „Ende der Geschichte und der Ideologien angekommen. Wir sind mittendrin.●

Die Buchversion dieses Artikels erscheint im Netzkritik-Reader „nettime", Edition ID-Archiv, Frühjahr 1997

geklaut aus:



La lutte de longue haleine - Der Kampf der „Sans-Papiers" in Frankreich

Knapp ein Jahr ist es nun her, seit die Kirche von St. Bernard in Paris besetzt worden ist. Besetzt von denen, die unter der restrikiver werdenden Immigrationspolitik Frankreichs am meisten betroffen sind: den Sans-Papiers.
Die Sans-Papiers sind MigrantInnen, die ohne Aufenthaltstitel in Frankreich leben: Aus den verschiedensten Gründen verweigert der Staat ihnen die Papiere, die ihren Aufenthalt in Frankreich legalisieren würden. Seit der letzten Gesetzesverschärfung mit den „Lois Pasqua" 1993 ist die Zahl der Sans-Papiers angewachsen, denn seitdem haben selbst die, die seit fünfzehn Jahren in Frankreich leben, kein Anrecht mehr auf eine automatisch erteilte, zehn Jahre gültige Aufenthaltserlaubnis.
Die gewaltsame Räumung von St. Bernard im Rampenlicht der Medien trieb lezten Herbst tausende zum Protest auf die Straße. (siehe ausführlicher zur Räumung: off limits Nr. 15) In der Folgezeit verschwanden jedoch das Interesse der Medien und einer breiteren Öffentlichkeit an der Situation der Sans-Papiers. Aber ihr Kampf geht weiter. Er ist zu einem „lutte de longue haleine", einem Kampf des langen Atems geworden. Neben dem fehlenden Medieninteresse werden die Aktionen der Sans-Papiers erschwert durch die staatliche Repression, der die Illegalisierten täglich ausgesetzt sind: Verhaftungen, Abschiebungen, Verurteilungen. Von den 300 TeilnehmerInnen der ersten Kirchenbesetzung in St. Ambroise Anfang 1996 hatten nur 104 Personen einen Aufenthaltstitel erhalten, 26 wurden abgeschoben. Die restlichen leben immer noch in Unsicherheit. Manchmal aber scheint es, der Staat zögere noch, seine gesamte Macht auszureizen: Madjiguène Cissé, Sprecherin des Kollektives der Sans-Papiers in Paris, war verhaftet und verurteilt worden, abermals verhaftet und verurteilt, ist jedoch noch nicht abgeschoben worden, obwohl dies nach dem Gesetz möglich wäre.

Landesweite Kollektive

Das Kollektiv der ersten BesetzerInnen hat in ganz Frankreich NachahmerInnen gefunden. Die einzelnen Gruppen haben sich im Juli 1996 in der „Nationalen Koordination der Kollektive von Sans-Papiers" zusammengeschlossen. Auch Treffen auf internationaler Ebene, mit TeilnehmerInnen aus der BRD, Italien und Belgien haben stattgefunden. Die Bewegung ist aber keinesfalls geschlossen oder einheitlich. Die Kollektive unterscheiden sich erheblich, je nach Ort. Manche Kollektive sind groß und können viele mobilisieren, andere nur wenige. Manch ein Kollektiv tut sich schwer, sich auf eine Strategie zu einigen. Es gibt Kollektive, die sich ausschließlich aus Sans-Papiers zusammensetzen. Andere sind eher ein Zusammenschluß von Organisationen und Gruppierungen, die dann „ihre Sans-Papiers" betreuen. So warb das Kollektiv im 93. Arrondisement von Paris um Patenschaften für ausgewählte Sans-Papiers. Die dann auch promt von Spitzenpolitikern der SozialistInnen angenommen wurden...

Die Karawane im Südwesten

Unterdessen finden regelmäßig Aktionen und Versammlungen der verschiedenen Kollektive statt. Seit der Räumung von St. Bernard sind mehrmals staatliche Verwaltungsbehörden besetzt worden. Ziel der Aktionen ist es nach wie vor, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Im Südwesten des Landes begann Mitte Februar eine Karawane. Die Sans-Papiers begannen in Perigeux und zogen dann über Toulouse und Bayonne von Ort zu Ort bis Bordeaux, der Stadt, in der Premierminister Alain Juppé noch immer Bürgermeister ist. An jeder Etappe, auch in Kleinstädten, wurden die Leute zu Diskussionsveranstaltungen eingeladen. Ungehindert jedoch konnte die Karawane nicht ziehen. Die Polizei nahm unterwegs eine Verhaftung vor. Die ziehenden Sans-Papiers stoppten als Ausdruck ihrer Solidarität die Karawane und verfolgten, was mit ihrem Mitstreiter geschah.

Internationale Solidarität

Die Forderungen der Sans-Papiers gehen längst über die nach Aufenthaltspapieren und Bleiberecht hinaus. Es ist ein Kampf für die „solidarité internationale concrète". Er beschränkt sich nicht auf die Sans-Papiers, sondern bezieht Forderungen aller MigrantInnen, ArbeiterInnnen und gesellschaftlicher Randgruppen mit ein: „Wir haben gespürt, daß unser Kampf mit allen anderen Kämpfen verbunden werden muß." Migration wird in den Kontext des französischen Kapitalismus und Imperialismus gestellt. Dieser Zusammenhang beginnt bei den Migrationsursachen: die Mehrheit der Sans Papiers kommt aus ehemaligen Kolonien Frankreichs. „Die Kolonisation setzt sich heute in einer noch

Widerstand gegen das „Loi Debré"

59 CineastInnen sorgten im Februar dieses Jahres für ein beträchtliches innenpolitisches Tohuwabohu in Frankreich: Ein von ihnen initiierter Aufruf zum „bürgerlichen Ungehorsam" gegen die neuerliche Verschäfung des Ausländerrechts (sog. „Loi Debré", benannt nachdem Verantwortlichen Innenminister Jean-Louis Debré), in dem sie sich selbst wegen Verstößen gegen das Ausländergesetz anzeigten, fand in kürzester Zeit massenhafte Verbreitung. Innerhalb weniger Tage kamen zehntausende Unterschriften zusammen, die den Aufruf unterstützten, die linksliberale Pariser Tageszeitung veröffentlichte drei Tage lang seitenweise die Namen von Kulturschaffenden etc, die sich gegen die Gesetzesverschärfungen wandten, aber auch StudentInnen- und SchülerInnenverbände wurden aktiv. In ganz Frankreich fanden Demonstrationen gegen das neue Ausländergesetz statt, die zum Beispiel in Paris am Abend der entscheidenden Lesung im Parlament, auch militant geführt wurden. Selbst das Europaparlament in Straßbourg verabschiedete eine Resolution gegen das Gesetz.
Zunächst richtete sich der Protest hauptsächlich gegen die Neuregelung der Meldepflicht für visumspflichtige AusländerInnen. Nach einen bereits 1982 von der sozialistischen Regierung beschlossenen Gesetz ist dieses Zertifikat nötig, um ein Visum zu erhalten, wenn man nicht über genügend Geldmittel verfügt. Das ursprüngliche „Loi Debré" sah vor, die „Beherber-genden" zu einer Art Hilfspolizei für die Behörden zu machen und ihnen aufzuerlegen, die Abreise bei der/dem zuständigen BürgermeisterIn zu melden. So sollte kontrolliert werden, ob die entsprechenden Personen wirklich ausreisen. Im Fall des weiteren Aufenthalts in Frankreich sollten diese leichter aufgespürt werden können und es sollten die Personen festgestellt werden, deren „Gäste" wiederholt der Ausreisverpflichtung nicht nachkamen, um ihnen für die Zukunft die Beherbergungserlaubnis zu verweigern.
Trotz der massiven Proteste wurde dieser Entwurf lediglich dahingehend modifiziert, daß nun die „Beherbergten" ihrerseits die Abreise bei der Polizei angeben müssen.
Die Neuregelung der Erteilung von Beherbergungszertifikaten stellt jedoch nur einen fast marginalen Teil der Gesetzesverschärfungen dar, die im Laufe der Auseinandersetzung zunehmend in den Blick der Protestierenden gerieten, auch wenn sich das mediale Interesse auf den erstgenannten Artikel des „Loi Debré" konzentrierte.
So werden nach dem neuen Gesetz Abschiebungen erleichtert, da die Möglichkeiten, Rechtsmittel einzulegen erheblich eingeschränkt wurden. Mit dem gleichen Ziel wurde die Einführung eines umfassenden Informationssystems beschlossen, vergleichbar dem deutschen Ausländerzentralregister, wo neben Namen und Foto auch die Fingerabdrücke gespeichert werden. Die in Frankreich bislang „lediglich" AsylbewerberInnen umfassende Datei wurde auf weitere Personengruppen ohne französische Staatsangehörigkeit ausgeweitet.
Eine weitere katastrophale Verschärfung bedeutet die neuerliche Regelung, daß in Fällen, wo bisher eine automatischen Erneuerung der Aufenthaltserlaubnis gewährt wurde, nun nur ein auf 10 Jahre befristetes Zertifikat ausgestellt wird. Mit dieser Verlängerung geht eine Prüfung einher, ob ein Fall der Gefährdung des „ordre public", d.h. der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorliegt. Dieser schwammige Begriff öffnet der Willkür der ausstellenden Präfekturen Tür und Tor. Was sich unter großer öffentlicher Ankündigung als „humanistischer Beitrag für die Integration der ImmigrantInnen, die schon seit langer Zeit in Frankreich leben" darstellt, entpuppt sich in der Realität als Repressionsmaßnahme mit dem Ziel einer weiteren Destabilisierung und Präkarisierung und als Mittel zur Spaltung in „gute" und „böse" ImmigrantInnen.

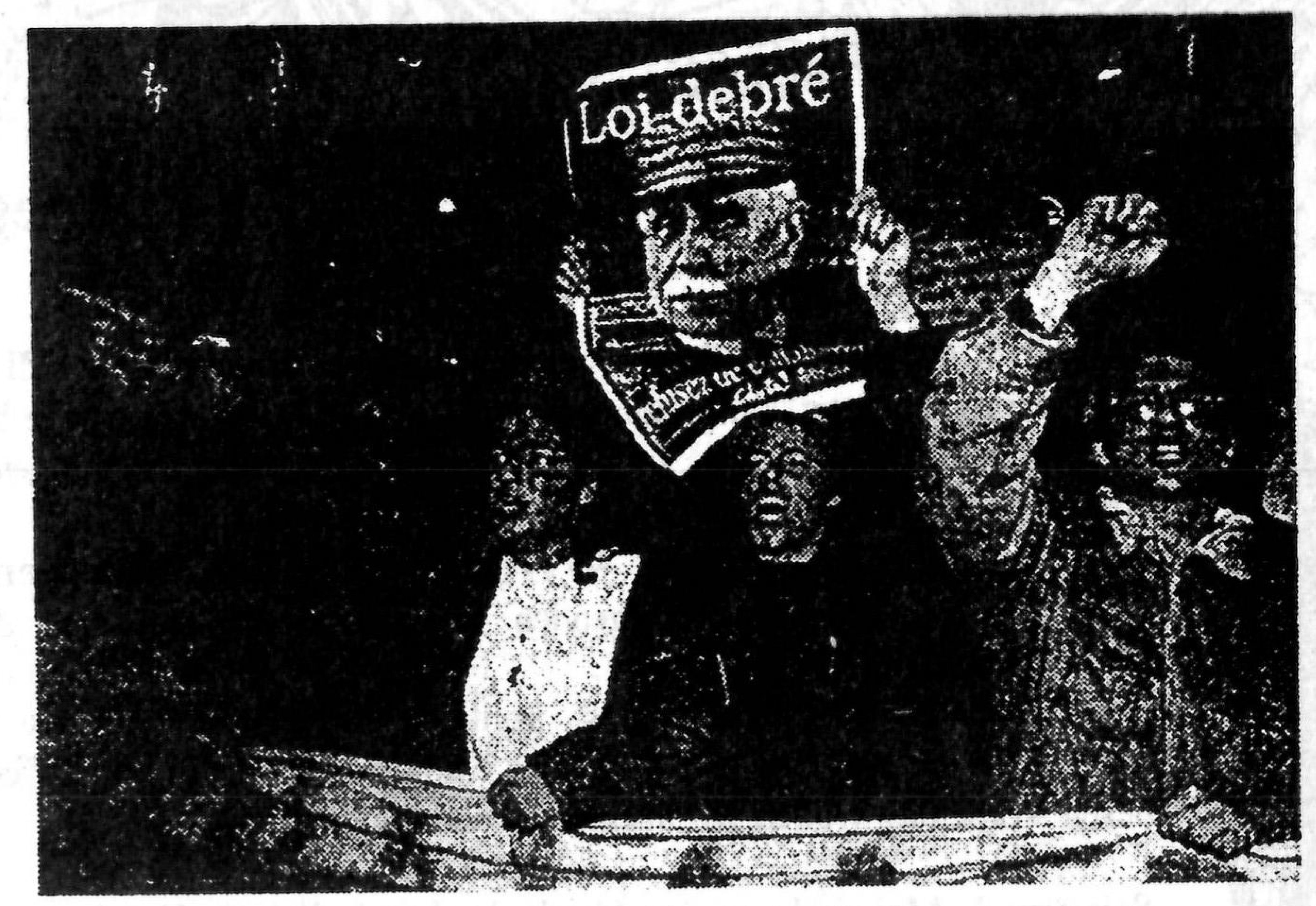
gefährlicheren Form fort, deshalb sind wir hier". Weltbank und der internationale Währungsfond diktieren Pläne zur strukturellen Anpassung. Die Menschen verarmen, während die multinationalen Konzenrne profitieren. Durch Militärinterventionen stützt der französische Staat bestimmte afrikanische Führer, die dann wiederum abhängig in der Schuld des Westens stehen. „Der Kern der Frage", so ein Sans-Papier auf einer Diskussion während der Karawane, „sind die Beziehungen zwischen Norden und Süden und die Verteilung der Reichtümer. Man kann nicht immer mehr Wohlstand produzieren und dann einigen verweigern, daran teilzunehmen."

Die Sans-Papiers definieren sich nicht nur nach ihrem illegalisierten Aufenthaltsstatus, sondern begreifen sich auch als Teil der abhängig Beschäftigten. Als solche werden sie in zunehmenden Maße in Abhängigkeit getrieben und einer totalen Unterdrückung unterworfen. Ein Beispiel ist eine neue Bestimmung des „Loi Debré", die die Verlängerung einer langfristigen Aufenthaltsgenehmigung an den Vorbehalt der öffentlichen Ordnung knüpft. Das kann bedeuten: „Wenn ich streike oder demonstriere, störe ich die öffentliche Ordnung". Damit werden mit dem Mittel Aufenthaltspolitik ArbeitnehmerInnenrechte von MigrantInnen drastisch eingeschränkt. Hier zeigt sich, warum Kapitalismus und restriktive Immigrationspolitik sich gegenseitig bedingen. Eingefordert wird die Solidarität von ArbeiterInnen im Norden und Süden und deren Freizügigkeit. Im Mittelpunkt der Forderungen steht aber immer noch ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht aller Illegalisierten und damit der Kampf gegen die repressiven Gesetze. Gemeint sind damit das „Loi Pasqua" und das neue „Loi Debré", das Ende Februar in letzter Lesung vom Parlament verabschiedet wurde (siehe Kasten).

Autonomie bewahren

Die Bewegung der Sans-Papiers verteidigt ihre Autonomie. Anders als etwa in Deutschland, haben sich hier die Betroffenen selbst organisiert. Sie wollen nicht von UnterstützerInnengruppen bevormundet werden, die sich ihre Sache zu eigen machen. Sie wehren sich, daß ihre Forderungen von politischen Parteien oder humanitären Gruppierungen verwässert und verfälscht werden. Oft haben diese versucht, die Sans-Papiers zu legalen Aktionsformen anzuhalten, um so ihre radikalsten Initiativen zu bremsen.

Wie relevant solch Ruf nach Automomie ist, tritt angesichts der Aufrufe zur Patenschaftübernahme von Kollektiven, die zum Großteil aus UnterstützerInnen bestehen, offen zu Tage. Zudem rekrutieren sich die UnterstützerInnengruppen aus völlig anderen Zusammenhängen. ArbeiterInnen sind fast gar nicht vertreten. So fanden sich nach einer repräsentativen Umfrage des IFOP-Instituts unter 3300 TeilnehmerInnenen der Pariser Großdemo anläßlich der Verabschiedung des „Loi Debré" lediglich vier Prozent ArbeiterInnen, während fast die Hälfte der DemonstrantInnen eine universitäre Bildung besaß. (junge welt 28.2.97)



Protest gegen die neuerliche Verschärfung der Ausländergesetze

Ignoranz der Linken

Die Befragung des IFOP-Instituts ergab weiterhin, daß sich 84 Prozent der DemonstrantInnen als Linke bezeichneten: Darunter befanden sich 15 Prozent radikale Linke, 15 Prozent KommunistInnen und 36 Prozent SozialistInnen. Zugleich aber wurde das Mißtrauen deutlich, das viele ihren eigenen Parteien entgegenbringen: Ganz überwiegend waren die Demonstrierenden der Meinung, daß die kommunistische und sozialististische Partei ihre Möglichkeiten zur Mobilisierung gegen die neuen Gesetze nicht genug ausgenutzt hätten. Mehr noch: Fast die Hälfte ist der Ansicht, daß die Linke im Fall einer Regierungsübernahme „genauso streng" wie die Rechte die Immigrationspolitik vorangetrieben hätte. Diese Ergebnisse überraschen kaum.

Als Debré den Gesetzesentwurf dem französischen Parlament zur ersten Lesung gab, da erschienen ganze drei KommunistInnen und ein sozialistischer Abgeordneter bei der Parlamentsdebatte. Ganz im Sinne der Konservativen und der Front National: die nutzten die Gelegenheit und verschärften einige Bestimmungen des Gesetzesentwurfes. Linke Parteien und antirassistische Organisationen schwiegen.

Dies ist nicht weiter verwunderlich, haben die französischen Linksparteien in der Vergangenheit doch entweder rein taktisch agiert oder sind ihrerseits durch eine rassistische Politik in Erscheinzng getreten. Noch vor wenigen Jahren forderten die KommunistInnen zum Beispiel oftmals die völlige Schließung der Grenze im Interesse der französischen Arbeiterklasse, ein kommunistischer Bürgermeister gab anfang der 90iger sein O.K. zu einer illegaler Zerstörung einer Flüchtlingsunterkunft.

Der sozialistische Oppositionsführer in der Nationalversammlung Laurent Fabius erklärte 1984: „Le Pen apporte de mauvaises solutions à des bonnes questions" - Front Nationalführer Le Pen gibt die falschen Antworten auf die richtigen Fragen. Und Michel Rocard der sozialistische Ex-Premінierminister gab vor wenigen Jahren noch die Parole aus „Frankreich könne nicht das Elend der ganzen Welt aufnehmen", um neuerdings aus taktischen Gründen unter dem Druck antirassistischer Bewegungen die restriktive Immigrationspolitik der Linken während ihrer Regierungszeit zu kritisieren. (junge welt 28.2.97).

Die Sans-Papiers jedenfalls können wohl auch in der Zukunft kaum eine ernsthafte Unterstützung von der traditionellen Linken erwarten.

Cindy und Bert

V.i.S.d.P.: P. Müller

Schaffen wir Räume für den Kampf gegen Abschiebungen!

Am 26. 4. 97 hat die Interessengemeinschaft der Flüchtlinge (IZI) mit UnterstützerInnen kurzzeitig die Rote Flora besetzt, um in einem letzten Versuch fortschrittliche bzw. linke Menschen aufzufordern, sich offensiv einzumischen, um die größten Massenabschiebungen in der Geschichte der BRD zu verhindern.

Wer bleiben will, soll bleiben!

Aus dem der Besetzung folgenden Plenum entwickelte sich das **"Aktionsbündnis Praktische Solidarität gegen Abschiebung".**

Ein Vorschlag der Flüchtlinge ist, politisch und materiell Räume zu schaffen, in denen illegalisierte Flüchtlinge sich organisieren, politische Kämpfe entwickeln und Öffentlichkeit schaffen können.
Diesen Vorschlag wollen wir aufgreifen und weiterentwickeln.

Seit dem 1. Mai sind von der Abschiebeaktion allein in Hamburg 12 000, bundesweit fast eine halbe Million Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien betroffen.

Die Duldungen der Menschen werden auf Wochen oder wenige Tage verkürzt, die Arbeitserlaubnis entzogen, der notwendige Antrag auf die für MigrantInnen gekürzte Sozialhilfe begründet dann die Ausreiseverfügung. Im Vorfeld der Abschiebungen wird mit physischem und psychischem Terror ein Vertreibungsdruck erzeugt, damit möglichst viele Flüchtlinge "freiwillig" ausreisen.

Flüchtlingen wird in der BRD systematisch jede legale Lebensperspektive entzogen. Die Vertreibung von Kriegsflüchtlingen stellt jetzt nach der weitestgehenden Abschaffung des Rechts auf Asyl eine weitere Eskalationsstufe des gesamtgesellschaftlichen Rassismus dar. Sondergesetze für Gruppen von Menschen, die hier leben, sind in diesem Land nichts Neues. Ausgrenzung und Entrechtung haben in Deutschland Tradition.

Diese Entwicklung steht in enger Verbindung mit der deutschen Außenpolitik. Ab jetzt morden nicht nur deutsche Waffen und deutsches Geld mit in aller Welt, sondern auch deutsche Soldaten - nicht zuletzt im ehemaligen Jugoslawien.

Wer planvoll Kriege schürt, hat auch kein Interesse, sich mit den Menschen abzugeben, die davor Zuflucht suchen. Im Gegnteil, es wird kalkuliert, daß die Massenabschiebungen die Situation vor Ort weiter destabilisiert.

Die Haltung weiter Teile von Liberalen, Humanitären, ChristInnen und Gewerkschaften bis hinein ins linke Spektrum beschränkt sich darauf, "humanere" Abschiebungen zu fordern. Die angebliche Notwendigkeit dieser Abschiebungen wird von ihnen vorausgesetzt. Damit helfen sie, diese moralisch zu legitimieren und das "Ansehen Deutschlands" zu wahren. Dies treibt die Abschiebungen faktisch voran.

Insgesamt reicht die Haltung der Bevölkerung zu den Abschiebungen von schweigendem Nichtverhalten über breite Zustimmung bis zu tätiger Mithilfe.

Diesen nationalen Konsens im Umgang mit "Nichtdeutschen" wollen wir aufbrechen!

Wir haben uns entschlossen, die Rote Flora zu einem Ort zu machen, der Flüchtlingen für ihren Kampf eine Infrastruktur und solidarische Hilfe bietet.

Wir sehen dies auch als Chance, den Kampf gegn Abschiebung nicht an die Flüchtlinge zu delegieren, sondern ihn gemeinsam zu entwickeln.

Die Aktion der illegalisierten Flüchtlinge, sich ihrer Abschiebung öffentlich zu widersetzen, kombiniert mit unserer unmißverständlichen Aussage, den Kampf gegen Abschiebung nach Kräften zu unterstützen, kann eine starke politische Signalwirkung haben. Die Wirkung wird - ebenso wie der reale Schutz - umso größer sein, je eher es gelingt, die Aktion zu verbreitern.

Die Rote Flora kann zu einem Kristallisationspunkt der Politisierung und praktischen Solidarität werden, von dem aus die Aktion an anderen Orten aufgegriffen werden kann!

Deshalb müssen die Räume in der Flora möglichst schnell konkret werden.
Seit der Besetzung hat sich schon vieles getan. Verschiedene Gruppen und Einzelpersonen beteiligen sich an der Umsetzung dieser Idee in den verschiedenen Arbeitsgruppen, zahlreichen Plena und praktischen Vorarbeiten.

Der Erfolg der Aktion hängt aber stark davon ab, daß der Kreis der Aktiven größer wird!

Unterstützung wird in vielfältiger Form gebraucht.
Gesucht sind v. a. Menschen und Gruppen, die die Aktion zu ihrer eigenen machen! Darüberhinaus helfen aber auch Baustunden, Fahrgelegenheiten, Übersetzungen für die Plena in serbokroatisch, Sachspenden (informiert Euch, was gebraucht wird !) und natürlich Geld.

AG-Termine und Infos gibt es an der *Info-Wand* des Aktionsbündnis in der Flora (Halle vor der VoKü)!

Kommt mit Angeboten, Nachfragen und Ideen!

Offenes Plenum ist jeden Sonntag um 19 Uhr in der Flora!

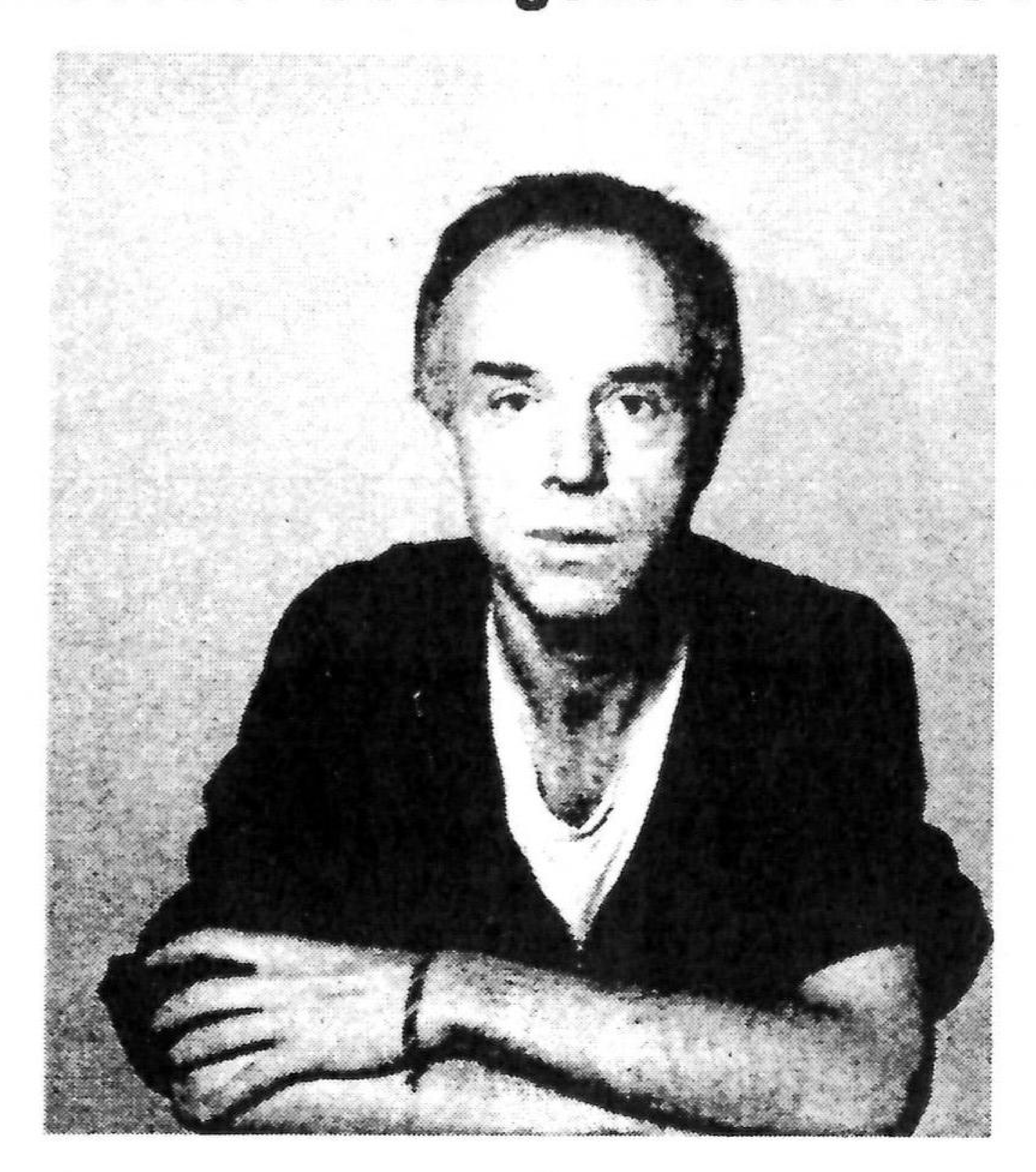
Es gibt bereits ein ***Spendenkonto*** (wichtig: bitte alles ausschreiben!):

Hamburger Arbeitskreis Asyl e. V. , Stichwort: FLORA, Postbank Hamburg, BLZ: 200 100 20, Konto-Nr.: 62 1976-209

ViSdP: Aktionsbündnis Praktische Solidarität gegen Abschiebung, 20357 HH

diese Postkarte kann bei gruppe lotta c/o schwarzmarkt, kleiner schäferkamp 46 ,20357 hamburg bestellt werden

Sofortige Freilassung von Helmut Pohl !
politischer Gefangener seit 1984



Freiheit für alle Gefangenen aus der RAF!

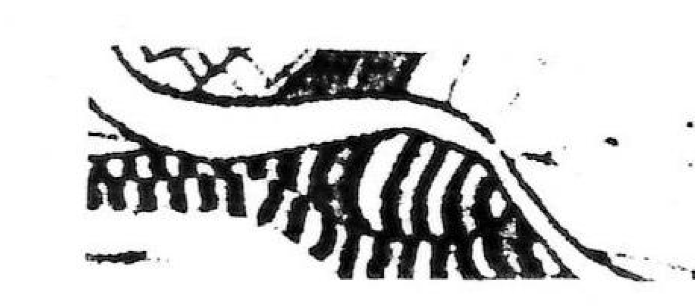
Sofortige Freilassung von Helmut Pohl !
Sehr geehrter Herr Schmidt-Jortzig,
der Gesundheitszustand von Helmut Pohl, Gefangener aus der RAF seit 1984, hat sich dramatisch verschlechtert. Aufgrund von Verknöcherungen, die sich über mehrere Halswirbel erstrecken und das Rückenmark eindrücken, droht ihm eine irreparable Lähmung.
Der Gesundheitszustand aller Gefangenen aus der RAF ist schwer angegriffen. Wir wissen, daß die Zuspitzung der jetzigen Situation das Ergebnis jahrelanger Isolationsfolter und der systematischen Verweigerung einer ausreichenden medizinischen Versorgung ist. Das gleicht einer Todesstrafe auf Raten.
Sie als Bundesjustizminister sind dafür verantwortlich, daß Helmut Pohl umfassend medizinisch untersucht und entsprechend behandelt werden kann und ein Rahmen geschaffen wird, der Aussicht auf Heilung gewährleistet. Unter den Bedingungen der Haft wird das nicht möglich sein.

Ich fordere Sie auf, in Ihrer Funktion als politischer Entscheidungsträger, eine sofortige adäquate Behandlung zu ermöglichen und die Freilassung in die Wege zu leiten!

Ort, Datum **Unterschrift**

Bundesminister
der Justiz
Herrn
Schmidt-Jortzig
Heinemannstr. 6

53175 Bonn



MÖRDER HATTEN & HABEN KEINE EHRE!

Seit etwa 2 Jahren tourt die Ausstellung des Hamburger Instituts
fürSozialforschung "Vernichtungskrieg Verbrechen der Wehrmacht
1941-1944" durch Östereich und bundesdeutsche Städte. Sie wird
begleitet von spektrenübergreifenden Protesten und Attacken, die
auf ihrer vorletzten Station in München ihren vorläufigen Höhe=
punkt erreichten. Dort demonstrierte am 1. März eine 5000 Mensch
starke Anti-Ausstellungs-Koalition aus CDU/CSU-Teilen, Burschen=
schaftlern und Alt- wie Neonazis (JN und NPD) für die Wehrmachts=
ehre und deutsches Soldatentum. Eine rechtsextreme Kundgebung
solcher Größe hat es seit den 70iger Jahre nicht mehr gegeben.
Auch auf der Folgestation der Ausstellung -Frankfurt- kam es wieder
zu Protestaktionen von Ausstellungsfeinden, die erneut einen
konservativ-rechtsradikalen Schulterschluß erkennen ließen.
Kriegsverbrechen zu leugnen, den Holocaust zu relativieren, deutsche
Wehrmachtssoldaten als ehrenhafte Kämpfer darzustellen entspricht
zumeist eindeutig der Strategie neonazistischer Gruppierungen, die
damit darauf abzielen die Einzigartigkeit der Grausamkeiten und
menschenverachtenden Verbrechen im 3. Reich abzuschwächen um
faschistische Ideologien unabhängig vom Hitler-Faschismus etablieren
zu können bzw. diese zumindest möglichst einflußreich in die öffent=
liche Diskussion einbringen zu können.
Die Ehrenrettung der Wehrmacht liegt aber auch VertreterInnen der
etablierten, staatstragenden Parteien wie der CDU/CSU am Herzen -
Steht doch die Bundeswehr in direkter Tradition der Wehrmacht, deren
gediente Offiziere xxxx nach Kriegsende maßgeblich an der BRD-Wieder-
Militarisierung beteiligt waren und eine neue "starke Truppe" formten,
die mittlerweile z.T. wieder an selben Kriegsschauplätzen wie einst
(z.B. Ex-Yugoslawien) für die Durchsetzung von "Ruhe&Ordnung" kämpfen.
Gerade jetzt, wenn weltweite Bundeswehreinsätze zur militärischen
Unterstützung der BRD-Interessen und -politik wieder zur Regel ge=
macht werden sollen, erinnert sich mensch nur ungerne an die Greuel=
taten vergangener Tage. Doch hat auch die aktuelle Debatte zum
Ehrenschutz-Gesetz ("Soldaten sind Mörder") ihre historische Vorge=
schichte und steht damit erneut in düsterer Tradition.Schon 1930
brachte die NSDAP ein Gesetz "zum Schutz der Nation" in den Reichs=
tag ein, welches 3 Jahre später verwirklicht wurde und für die Ver=
ächtlichmachung der "allgemeinen Wehr- oder sonstiger Staatsdienst=
pflicht der Deutschen" Gefängnis, körperliche Züchtigung und sogar
Todesstrafe vorsah.Antimilitarismus sollte schon immer und soll also
witerhin bestraft und die Mörder geschützt werden.

Wir wenden uns gegen "Vaterlandsdienst", Militär/Militarismus und
gegen die anhaltende Ehrerbringung gegenüber deutschen Mördern aller
Kriege - seien sie nun tot oder nicht.
Daher haben wir parallel zur "Wehrmachts-Ausstellung" in Frankfurt
zwei Ehrendenkmäler für gefallene xxx Wehrmachtssoldaten aus dem
2. Weltkrieg mit "MÖRDER HATTEN & HABEN KEINE EHRE"
beschrieben und weitehin beschmiert. Dem dargestellten Soldaten
in Offenbach/Bieberer Berg wurde zudem zur Ehrung ein brennender
Reifen um den stolzen Hals gelegt.Das andere Denkmal befindet sich
in Frankfurt , in der Robert-Mayer-Str.

...schön war auch die killed-by-friendly-fire-action deutscher Soldaten
kürzlich im ehemaligen Yugoslawien...weiterso...

Der Verfassungsschutzbericht 1995 über die INTERIM:

Die autonome Szene hat ihren eigenen Jargon und ihre eigenen Medien, was in mehreren zum Teil konspirativ verbreiteten Szeneblättern zum Ausdruck kommt. Besondere Bedeutung für Berlin hat die seit April 1988 als sogenanntes Wöchentliches Berlin-Info herausgegebene Zeitschrift „INTERIM".

Die grundsätzlich Donnerstag, in einer geschätzen Auflage von 2000 Exemplaren zum Preis von 2,50 DM (auswärts 3,00 DM), erscheinende Publikation veröffentlicht aktuell kursierende Flugblätter und Erklärungen, darunter auch Taterklärungen zu Anschlägen aus der autonomen Szene sowie zu Aktivitäten der „Revolutionäre(n) Zellen" und der „Rote(n) Armee Fraktion".

Im Vorwort der Ausgabe Nr. 1 vom 1. Mai 1988 wird von den Verfassern über die Gründe reflektiert, die sie bewogen haben, die Druckschrift ins Leben zu rufen:

„... *Mit dieser Zeitung versuchen wir, an die neuen Strömungen der radikalen undogmatischen Berliner Linken anzuknüpfen und gleichzeitig zwei Lücken zu schließen. Ein fehlendes Berliner Info der undogmatischen Linken und der politische Abgang der taz ...*"

Im Vorwort der Ausgabe Nr. 10 vom 1. Juli 1988 gehen die Verfasser noch etwas in Detail:

„*Wir haben unsere Aufgabe so begriffen, daß wir die autonomen Diskussionsprozesse verbreitern und vorantreiben helfen ...*

Bei Papieren, die wir als problematisch einschätzen, müssen wir deshalb von uns aus auf eine Veröffentlichung verzichten oder in kauf (sic!) nehmen, daß wieder jemand mehr die Verbindung zur Redaktion kennt. Papiere, wo wir meinen, daß durch eine Veröffentlichung niemand gefährdet wird und auch keine gefährdenden Inhalte weitergetragen werden, haben wir aus Sicherheitsgründen nochmals abgetippt..."

„... *schließlich sind die Autonomen doch kein elitärer Geheimzirkel, sondern haben ein politisches Anliegen, das einfach verbreitet werden muß, nicht nur in Hinblick auf den September ...*"

Die Publikation entstand ursprünglich als „INTERIMslösung" bei der Suche nach neuen Kommunikationsformen und aus einer innerhalb der Autonomen geführten Diskussion um revolutionäre Organisierung.

In der o.a. Nummer 10 wird hierzu angeführt:

„... *Wir raffen uns also auf, kämpfen die allgemeine Ferienstimmung nieder und machen weiter bis zum September. Dann wollen wir endgültig entscheiden, ob diese Zeitung gebraucht wird oder nicht ...*"

In einem in der Ausgabe Nr. 36 vom 19. Januar 1989 veröffentlichten Interview der „Edition ID-Archiv" mit den „INTERIM"-Herausgebern heißt es in diesem Zrsammenhang:

„... *weist die „Zwischenlösung" aber auch darauf hin, daß wir die INTERIM als einen Schritt auf der Suche nach neuen Kommunikationsformen innerhalb der radikalen Linken begreifen. Vielleicht ergeben sich da in den nächsten Jahren noch ganz andere Strukturen als das traditionelle Mittel einer Zeitung. Wir wünschen es uns eigentlich. Deshalb wären wir nicht enttäuscht, wenn die INTERIM aus diesen Gründen mal überflüssig werden sollte...*"

Und weiter:

„... *Es soll keine Illusionen geben. Die INTERIM war das Produkt einer damaligen politischen Schwäche- der Zusammenbruch der politischen Diskussionen auf einer breiteren Basis- die in jener Zeit in Westberlin (und im Bundesgebiet) herrschte. Waurm die verschiedenen Gruppen und Fraktionen nicht in der Lage waren, Auseinandersetzungen miteinander zu führen, wissen wir nicht. Vielleicht standen alle unter dem Druck von zu hohen Erwartungen, Lösungen für die damaligen lähmenden Fragen zu finden.*

(...)Die INTERIM war deswegen eher das Ergebnis eines strategischen Rückzuges: der Versuch, eine Diskussion auf einer alltäglichen, breiten, überschaubaren, regionalen Ebene wiederherzustellen (sic!)..."

Innerhalb der fünf Jahre ihres Bestehens entwickelt sich die „INTERIM" in der Szene zu einer Publikation mit einem nahezu institutionellen Charakter. Beispielhaft hierfür sei nur die durchaus als hoch zu wertende Teilnehmerzahl von etwa 150 Personen anläßlich des am 18. Juni 1993 unter dem Motto „5 Jahre Interim" veranstalteten „Presseballs" erwähnt.

Dieser hohen Erwartungshaltung stehen die Herausgeber seit langem skeptisch gegenüber. Sie sahen sich bereits in der Ausgabe Nr. 172 vom 5. Dezember 1992 zu der Klarstellung veranlaßt:

„...*werden manchmal Erwartungen an uns gestellt, die wir weder erfüllen können noch wollen. Wir verstehen uns nicht als die Interims, und unsere politischen Schwerpunkte liegen auch nicht ausschließlich in der Erstellung dieser Infos...*"

Konzeptionell gäbe es künftig jedoch zwei Schwerpunkte: „*Forum der Bewegung*" (Diskussionsforum und Mobilisierungsfaktor) wie bisher zu sein, aber auch verstärkt „*den Blick auf soziale Bewegungen und gesellschaftliche Konflikte zu werfen*".

Obwohl „INTERIM" nach eigenen Angaben „*den festen Kreis der MacherInnen*" erweitert und die Erstellung der Zeitung „*in einer Art Rotation mit anderen*" aufgeteilt haben will, wird die Publikation nach wie vor „klandestin" hergestellt.

„...*Jeder/m wird einleuchten, daß wir diese Zeitung klandestin machen müssen. Jemanden zu fragen, bedeutet also auch immer gleichzeitig, uns selbst oder wenigstens die Verbindung zu uns zu erkennen zu geben. Wir müssen das also abwägen.*" („INERIM", Nr. 10 vom 1. Juli 1988).

Diese Verfahrensweise, die charakteristisch für das Handeln „geschlossener" autonomer Gruppen - zu denen auch der Herausgeberkreis der „INTERIM" gerechnet werden muß - ist, wird offenbar mit aller Konsequenz eingehalten.

Für die Praxis bedeutet dies, daß weder Treffpunkte noch -termine, geschweige denn Informationen über die eigene „Struktur", insbesondere die personellen Hintergründe, öffentlich bekanntgemacht werden.

In dieser auf gegenseitigem Vertrauen und hoher Disziplin aufgebauten „geschlossenen Struktur" liegt aber auch der Grund dafür, daß es bisher keiner Sicherheitsbehörde gelungen ist, mehr als „Randerkenntnisse" über das Projekt „INTERIM", das inzwischen bundesweit Bedeutung für die autonome Bewegung erlangt hat, zu gewinnen.

Diverse von der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht eingeleitete Ermittlungsverfahren, vor allem wegen des Werbens für eine terroristische Vereinigung, mußten gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt werden (zuletzt am 4. November 1994), weil es nicht möglich war, die Verfasser, Hersteller und Verbreiter namhaft zu machen, bzw. zu identifizieren oder die Vertriebswege nachzuvollziehen.

Guten Tag, liebe Restlinke!

ANTIFA (CB)
Verein für ein multikulturelles Europa e. V.
Str. d. Jugend 100
03046 Cottbus

Sicherlich ist Euch bekannt, daß es auf der Landkarte einen Fleck gibt, der von der Stadt Cottbus eingenommen wird. Ganz davon abgesehen, daß diese Stadt häßlich und langweilig ist, glänzte sie durch beachtliche Fehlinvestitionen der Stadtoberen und durch Überfälle und Organisationsversuche von Faschisten.
Nach einer Zeit der relativen Starre unsererseits, deren Gründe sich nicht gravierend von anderen Städten unterscheiden dürften, und somit auch keiner besonderen Erklärung bedürfen, haben sich doch wieder einige Leute zusammengefunden, die den Versuch unternehmen, um linksradikale, undogmatische Politik in unterschiedlichen Formen zum Ausdruck zu bringen. Aufgrund dieser verhaltend positiven Entwicklung ist es uns möglich, einen monatlich erscheinenden Flyer mit dem tollen Namen „Noch härtere Zeiten" zu gestalten und auch herauszubringen.

Damit wollen wir uns nicht in den großen Reigen der Zeitungen & Zeitschriften, die überregional agieren, einreihen, sondern in Cottbus und Umgebung darüber informieren, was an Geschichten, die relevant in Sachen Antifa, Atompolitik, Kultur etc. Sind. Um den lieben Cottbusserinnen und Cottbussern auch sonst alles wichtige mitteilen zu können, brauchen wir natürlich Informationen, Flyer, Anzeigen, Plakate und Meinungen auch von Euch.
Also seid nicht knausrig, her mit den Infos.

THEMENREIHE: **DER ANDERE BLICK**

Normierung und Ausgrenzung

Donnerstag 19.6.:

Der Pannwitzblick

BRD 1991 Medienwerkstatt Freiburg

Diese ungewöhnliche Dokumentation knüpft an die Beschreibung des Blickes des KZ-Arztes Dr. Pannwitz an, die wir Primo Levi verdanken, dem dieser Film gewidmet ist: "Könnte ich mir aber bis ins letzte die Eigenart jenes Blickes erklären, der wie durch die Glaswand eines Aquariums zwischen zwei Lebewesen getauscht wurde, die verschiedene Elemente bewohnen, so hätte ich damit auch das Wesen des großen Wahnsinns im 'Dritten Reich' erklärt." Die faschistische Massenvernichtung der "nicht-normalen Menschen" ist Vergangenheit, der Blick, das "Glasauge der Gesellschaft", der dies alles ermöglicht hat, keineswegs: Davon berichten behinderte Menschen, denen erneut Glasaugen "zu Leibe rücken", auch, um ihre gesellschaftliche Zuordnung zu bestimmen. Euthanasie ist wieder ein Thema geworden in Deutschland. "Der Pannwitzblick" ist ein Film über Blicke, Kameraeinstellungen und das Verhältnis der Macht des Abbildenden gegenüber dem Abgebildeten.

Donnerstag 26.6.:

Der Elefantenmensch

GB 1980 R: David Lynch, mit: John Hurt, John Gielgud, Anne Bancroft, Anthony Hopkins

Das Frühwerk von Kultregisseur David Lynch erzählt in stillen, behutsamen Bildern die authentische Geschichte eines Mannes, der an einer unheilbaren und entstellenden Krankheit leidet und im viktorianischen England auf Jahrmärkten zur Schau gestellt wird. Ein junger Arzt nimmt sich seiner an und entdeckt einen sensiblen Menschen mit einer ausgeprägten Persönlichkeit.

Donnerstag 3.7.:

Freaks

USA 1930 R: Tod Browning

Eine Gruppe Zwergwüchsiger wird in einem Zirkus als lebende Monstrositäten zur Schau gestellt. Um sich vor der Barbarei der "Normalen" zu schützen, haben sie sich einen Moralkodex gegeben, der strengstens befolgt werden muß: Die Verletzung von einer/einem von ihnen bedeutet die Verletzung aller; die Freude der/des einen die Freude aller. Doch die bewußte Abgrenzung zur Außenwelt behindert auch die Entwicklung individueller Beziehungen zu den "anderen"...

***Weiter im Vorprogramm: Magic Bus** (AIDS-Spot von Emir Kusturica)*

EINTRITT FREI **BAOBAB Infoladen, Christburger Str. 3, 10405 (P'berg)**

Informations- und Mobilisierungsveranstaltungen
mit der Anti-Expo-AG Hannover

anläßlich des Besuchs Gerhard Schröders am Dienstag den 24.6. und des ehemaligen EXPO 2000-Chefs Theodor Diener am Dienstag, den 8.7.., jeweils um 18.00Uhr an der freienUniversität, Habelschwerd ter Allee45, "Rostlaube", Hörsaal 1b
im Rahmen der Vorlesungsreihe:
- Zukunftsverantwortung in der Marktwirtschaft?

1. Veranstaltung:

Freitag, 20.6., 14 Uhr, Rostlaube, Hörsaal 1b

2. Veranstaltung:

Samstag, 21.6., 20 Uhr Veranstaltungsetage "Größenwahn", Kinzigstraße 9, HH



Adressen & ständige Termine

Antifa-Archiv, Falckenstein 46, Tel. 6116249	Do. 17-20••
Anti-Atom-Plenum, Ökodorf, Kurfürsten 14, Tel.: 2616252	Di 19 30 Treffen
Anti-Kriegs-Museum, Müller 158	täglich 16••-20••
Antirassistische Kundgebung	Freitags 16•• Breitscheidplatz
Archiv, Leipziger 60, Potsdam	Tagl Kneipe und Café ab 20••
Autofocus, Eisenbahn 4, T.6188002	Mo-Fr 16-18•• Videoarchiv
Babylonia, Cuvry 20-23, T.: 6116089	selbstverwaltetes Zentrum zum Sprachenlernen (10 verschiedene Sprachen)
cinema omayra / internat Jugend-,Kultur- & Bildungszentrum, Engeldamm 68	Di 19.30 Politfilme, ab und zu Veranstaltungen
Eisenbahner, Pfarr 88	ab 21 ••: Di. Deathmetal, Mi. Tanznacht, Do. Punk,
El Locco, Kreuzberg 43 Tel. 7859973	Di-Sa 17••-24••, So 15••-22••Kneipe, Fr. 18-20 u. So. 16-19••: Anarchobucherei
EX, Gneisenau 2a	jeden 3. Sa.: Ex- Disko, Mo-Do ab 12••, Fr+Sa ab 20••, So ab 19•• Cafe
Großenwahn, Kinzig 9 SF, Tel. für Frauentermine: 2947688	Sa 15.30-20 ••: Käffe u. Kuchen, 17 •• Film
Infoladen:	
A-Laden, Rathenower 22, Tel 3946167	Mo-Fr 17••-20••,Mo17••Revolutionarer Funke, 19••offene Lern AG, Di 19••FAU & FVaBBB, BI Freie Heide, Seminar zum 2 Juni, Fr 18•• Food Coop
Bandito Rosso, Lottum 10a	Do 19••-23••, Fr 20••-?
Daneben, Liebig 34	Mo. Frauentag 18-22 ••, Di.-Do 14-19 ••, Fr 11••-19••
Lunte Weise 53	Do 19.30 h: Voku und Film
M 99, Manteuffel 96	Mo.-Fr. 10-19 ••, Sa. 14-19 ••
Nachladen, Waldemar 23	
Omega, Sparr 21; T.45482207	Mo. (MieterInnenninfo), Mi. (Offenes Mailbox-Treffen), Do. Frauentag, Fr. (WNZ-Redaktionssitzung) , je 17-20••
Baobab, Cristburger 3	Mo-Fr ab 18•• Infokneipe
Schwarze Risse, Gneisenau 2a	Buchladen
Kampagne gegen Wehrpflicht, Oranien 25, Tel.: 61500531 / 30	Einführung: Di. 17.30, Fragen: Fr. 17.30, Doppelstaaterberatung: Di. 16-18••
Kastanie, Kastanienallee 85 HH	Veranstaltungen u. Konzerte, Buchladen im Vorderhaus
Kopi, Köpenicker 137	Mo.-Do. ab 21••: Punk Kneipe, Mo. 18-21: BesetzerInnen-Café, Di. 20 ••: Voku, Do. 21 ••: Kino, So.: 12 ••: Fruhstuck
KOB Potsdamer 158 Tel 2152060	So 20•• Voku, sonst ab 21•• Kneipe u. Veranst.
Krahenfuß, Unter den Linden 6, Tel.,20932603/14 Ostflügel des Hauptgebaudes	Studentische Begegnungsstätte Mo-Fr 10••-18••
Ly 60, Lychner 60	Veranstaltungen sind meist vom „Dada Thomyziel e. V. ..
NB - Voku, Niederbarnim 23	Mo., Mi., Fr. 18-21 ••. Voku
Papiertiger, Cuvry 25 , Tel.6183051	Archiv & Bibliothek, Mo. u Do 14.30-18••
Pfarr 104 Squat, Pfarr 104	jeden Tach außer Mo Kneipe, Mi. Voku
Potze/Drugstore Potsdamer 181	Di Punk-Keipe, Mi Cafe Confus
Rigaer 84, Rigaer 84 SF	jeden Tach Kneipe, Veranst. s. Programm
Rote Insel Mannstein 10	Mo & jeden 2. Mi 19•• Voku
Schreiner Café, Schreiner 47	Mo. - Do. ab 20••: Kneipe
Schwarzbild, Waldemar 29, Tel: 6144364	Videoarchiv/-verleih Do 16.30 - 19.30
S.E.K., Scharnweber 28	Kneipe täglich außer Mi. ab 20••
Subversiv, Brunnen 7 HH	Do.: H-Bar
Syndikat Weise 56, T: 6216774, U - Boddinstr	Kneipe täglich ab 20••, Di 19•• Film (umsonst), Sa 15•• Fußball gucken und dann Kneipe
Supamolly, Jessner 41	Di. 20-2 ••: Filmnacht, So. 16-20 ••: Kaffee u. Kuchen, Di.-Sa ab 20•• Kneipe, Mo zu
Thommy-W-Haus, Wilhelm 9; T 2518539	Mo.-Do. 10-16•• Fruhstuck, 19-22•• Kiezkuche, Do. 20•• Kino & Konzert (gratis)
Umweltbibliothek Schliemann 23	Mo, Di ,Mi ab 20••Kneipe, Fr Frauentag, Archiv Di ab 20••, Mi&Do 13••-16••Sa12•• Fruhstuck, Mo 18-20••Kdv Beratung, Do ab 21•• Anti-Sekten-Beratung
Villa Felix Schreiner 47	Mi. Voku
XB-Liebig, Liebig. 34	Mo. Frauentag, Mi-So 20•• Kneipe, Do.,Sa.: Voku, Fr 11••: Fruhstuck
Zielona Gora Grünberger 73 Tel: 2922471	Di.: 16-18•• Sozialberatung, Mi 16-18•• Wehrdienst-/Totalverweigerungsberatung; Do.: ab 19•• Filme/ Veranstaltungen; So.. ab 14.30. Fruhstuck u. Kaffee

Termine Termine Termine Termine Termine Termine Te

1. Aktion gegen den Vorstandsvorsitzenden der Hamburger Hochbahn AG Günter Elste -



Nicht das was uns droht,
sondern daß es einfach so weiter geht,
das ist die eigentliche Katastrophe.
Kampf der rassistischen und sozialen Ausgrenzung!

Heute haben wir bei Günter Elste in der Langheinstraße 6 in Hamburg-Poppenbüttel (Tel.040/6061544) vorbeigeschaut und sein Haus mit Steinen und Farbflaschen eingedeckt, um ihm ein wenig von dem Angst und Schrecken zurückzugeben, den seine Uniformierten Bahn-Schergen in der U-Bahn verbreiten.
Voscherau-Intimus Elste ist seit 1996 Vorstandsvorsitzender der Hamburger Hochbahn AG, vorher war er stellvertretender Landesvorsitzender der Hamburger SPD sowie Fraktionsführer der SPD in der Hamburger Bürgerschaft. Noch immer ist er Kreisvorsitzender der SPD Hamburg-Wandsbek. Elste ist verantwortlich für eine lange Reihe von Maßnahmen sozialer Ausgrenzung, rassistischer Kontrolle sowie Klassenkampfes von oben.

Betteiverbot in den Bahnen
Parallel zu den hitzigen Diskussionen um das berüchtigte Papier der Innenbehörde "Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt" in der Betteln als eine besonders unangenehme Erscheinungsform der "Unwirtlichkeit" bezeichnet wurde, ging Günter Elste im September 96 mit seinem Plan an die Öffentlichkeit, BettlerInnen aus den U-Bahnen und Bahnhöfen der Hansestadt zu vertreiben. Das Personal der HHA wurde instruiert, gezielt gegen Betteln in der U-Bahn vorzugehen. Die Schergen der U-Bahnwachen sollten hierfür in speziellen "Bettler-Seminaren" psychologisch geschult werden. Welche Erfolge dieses Training zeitigte, ist in zahlreichen Mißhandlungen von BettlerInnen durch die U-Bahnwache dokumentiert.
Elste beklagte sich gegenüber seiner Kollegin Fischer-Menzel über die "wirklich unnötige Bettelei im öffentlichen Raum". Das Betteln in U- und S-Bahnen habe sich im ersten Halbjahr 96 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt und dagegen müssten harte Maßnahmen ergriffen werden, bis hin zu Strafverfahren. Flankierend startete die HHA gemeinsam mit der Hamburger Sozialbehörde eine Plakatkampagne mit den Slogans: "In Hamburg braucht niemand zu betteln und Gott sei Dank auch niemand im Freien zu übernachten" - quasi als Legitimierung von Repression gegen sowie Vertreibung von BettlerInnen. Als Ursache für Armut konnte -wieder einmal- das individuelle "Schicksal" verantwortlich gemacht werden, Betteln und Draußenpennen bei Minusgraden wurden als Freizeitvergnügen dargestellt.
Elste mit seinem geschätzten Jahreseinkommen von 300.000 DM braucht bestimmt nicht zu betteln, ebensowenig wie auch die knapp 6000 Hamburger Millionäre, die diese Stadt laut einer EU-Statistik zu einer der reichsten Regionen Europas machen.

Während Voscherau und Hamburger Senat Ende Oktober in der Öffentlichkeit heuchelten, die oben zitierte Drucksache, deren zugespitzte Ziele die Vertreibung von Obdachlosen, Junks, TrinkerInnen sowie BettlerInnen von den "Visitenkarten und repräsentativen Räumen" der Stadt lauteten, sei erledigt und zu den Akten gelegt, sind jene Zielvorgaben im Bereich der HHA ohne größeren öffentlichen Protest oder gar Widerstand bereits erreicht worden.
In Hamburgs U-Bahnhöfen und -Bahnen gilt jetzt die Vision des 1.Bürgermeisters, daß "diejenigen Bürger, welche Leistungsträger sind, nicht wollen, daß Menschen, deren Verhaltensweisen sich deutlich außer-

halb der Lebensweisen normaler Mitteleuropäer (!) bewegen, zum Maßstab für das Zusammenleben aller gemacht werden.

"Gesundheitsbonus" bei der HHA

Um die Krankenquote bei der HHA zu senken, wurde wie bei vielen anderen Unternehmen mittlerweile auch, ein sogenannter Gesundheitsbonus oder auch Anwesenheitsprämie eingeführt. Statt einer linearen Lohnerhöhung wurde MitarbeiterInnen, die gar nicht oder sehr selten krank waren, 96 ein Bonus von 1% zugestanden. Für 1997 soll sich dieser Betrag sogar eventuell auf 3% erhöhen, da die Krankenquote von 10,9 auf 9,8% gesunken sei, aber nur falls die ÖTV von ihrer Forderung nach 115,- DM für alle im Monat Abstand nimmt. Elste will die Personalkosten bei der HHA bis 98 um 23 Millionen DM senken und droht mit Arbeitsplatzabbau, falls eine nachhaltige Senkung der Fehlzeitenquote nicht erreicht würde.
Die Einführung solcher Anwesenheitsprämien sowie die Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird zunehmend als Kampfmittel eingesetzt gegen (v.a. chronisch) kranke ArbeitnehmerInnen, wie auch gegen diejenigen, die verständlicherweise lieber krankfeiern statt sich verschleißen zu lassen. Als Wirkung ist ein Rückgang der Fehlzeiten zu beobachten, d.h. die Leute schleppen sich zunehmend auch krank zur Arbeit, denn längeres Kranksein wird mit empfindlichen Lohneinbußen "bestraft".

Das Anti-Schwarzfahrer-Konzept der HHA

Im Januar 97 kündigte die Hamburger Hochbahn AG an, verstärkter gegen sogenannte "SchwarzfahrerInnen" vorzugehen. Für das Jahr 96 wurde der angebliche "Schaden" durch 1,8 Millionen Schwarzfahrten mit 25 Millionen DM beziffert. Die meisten Schwarzfahrten erfolgten demnach zwischen 20 Uhr und Betriebsschluß.
Die HHA erhöhte die Anzahl der Kontrolleure von 80 auf 100,außerdem muß in den U-Bahnen noch mit 80 Cops der U-Bahnwache und in den S-Bahnen mit 70 Sicherheitsdienstbütteln sowie 150 Bahnbullen gerechnet werden.
Die Orwellsche Wunschvorstellung von Elste lautet: "Jeder muß jederzeit mit einer Kontrolle rechnen."
Während für Leute mit deutschem Paß, weißer Hautfarbe und gesichertem Aufenthaltsstatus, welche umsonst die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, jede Kontrolle mit nervlichen und finanziellen Unannehmlichkeiten verbunden ist, stellen großangelegte Kontrollen -vor allem wenn HHA, Ausländerbehörde und Bullen dabei akribisch zusammenarbeiten- für illegalisierte Menschen eine konkrete Gefahr ganz anderen Ausmaßes dar.
Am 16.1.97 führte die HHA solch eine Großaktion am U-Bahnhof HornerRennbahn durch. Zwischen 18 und 24 Uhr wurden die Eingänge abgeriegelt und 4000 Fahrgäste von 50 Bullen, 24 Hochbahn-Kontrolleuren mit Unterstützung von Beamten der Ausländerbehörde und Studenten der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung überprüft. 316 SchwarzfahrerInnen gingen ihnen ins Netz, 7 Fahrgäste wurden wegen "Verstoß gegen das Ausländergesetz" festgenommen, weitere 3 "AusländerInnen" im Umfeld des Bahnhofs wegen "Verdachts des illegalen Aufenthalts" gefangengenommen.
Angesprochen auf die Zusammenarbeit verschiedener Behörden bei dieser Aktion und darauf, daß solche Kontrollen rassistisch motiviert abliefen, äußerte sich der Polizeisprecher: "Zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung haben wir auch die Personalien sonstiger [illegible] Personen festgestellt Auch Ausländer können Räuber sein."
Und Hochbahnsprecher Häger meint: "Wir helfen der Polizei sehr gerne bei ihrer Arbeit".
Diese Form der Zusammenarbeit kennen wir auch vom Newrozfest im Frühjahr 96, als die HHA Busse und Fahrer zum Abtransport einer eingekesselten und komplett festgenommenen Demo durch die Bullen bereitstellte, oder von einer Razzia im Schan-

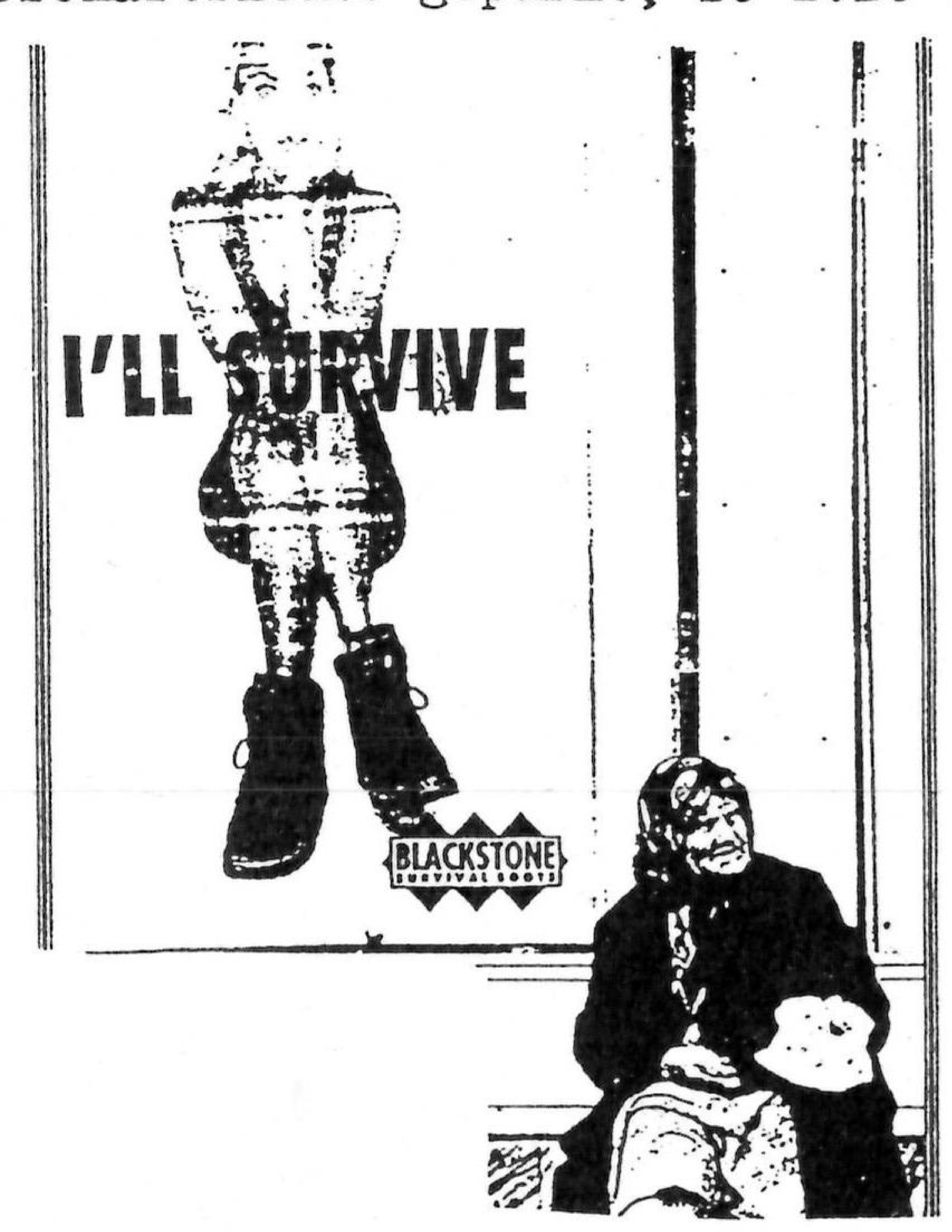


zenpark im Herbst 96, als ein Hochbahn-Bus die Schergen zum Einsatzort brachte.
Weitere Schwerpunktaktionen liefen am 4.2.97 im Bereich des Hauptbahnhofes und am 5.4.97 auf verschiedenen U-Bahn- und Nachtbuslinien. Bei der ersten waren über 7000 Personen, bei der zweiten ca. 3000 von den Kontrollen betroffen. Ca. 10% hatten keinen Fahrschein. Ob es auch hier zu Festnahmen von Illegalisierten kam und ob die Ausländerbullen vor Ort waren, wissen wir nicht. Aber auch bei den "normalen" Kontrollen kommt es permanent zu Mißhandlungen und widerrechtlichen Ausweiskontrollen von Menschen, deren Haut nicht weiß ist, durch Wachschutzschweine und Kontis.
Neben den Stigmatisierungen des Drogendealers, Hütchenspielers, organisierten Kriminellen, usw., haftet MigrantInnen der rassistische Pauschal-Verdacht der FahrgelderschleicherIn an.
Und nicht allein bestimmte öffentliche Plätze wie z.B. der Hachmannplatz und der Schanzenpark werden in Hamburg von den HERRschenden mittels Platzverweisen, Verbringungsgewahrsam etc. zu "no go areas" für ihnen unerwünschte Personen erklärt, sondern auch in den Bereichen der Bahnhöfe wird Vertreibung auf diese Weise praktiziert. 1996 wurden knapp 500 Hausverbote für den Hamburger Hauptbahnhof für eine Dauer von zwei Jahren ausgesprochen, insbesondere gegen mutmaßliche Junks und Dealer. Sich "offen" eine Spritze im Hauptbahnhof zu setzen ist verboten. In Hamburg gibt es ca. 1000 Menschen mit Hausverbot in den U-Bahnen, in Berlin sollen allein im Januar 5800 Hausverbote für den Bahnhof Zoo erteilt worden sein.
In Bremen wiederum, welches in vielen Bereichen rassistischer Ausgrenzung und Kontrolle eine Vorreiterrolle spielt, gibt es eine rege Zusammenarbeit zwischen Bullen und Verkehrsgesellschaften. Die Polizei übergibt den Verkehrsbetrieben Daten über mutmaßliche DrogenuserInnen oder DealerInnen, v.a. von verdächtigen SchwarzafrikanerInnen, denen dann für die Dauer von einem Jahr ein Verbot der Nutzung der Straßenbahn- und Buslinien der Stadt erteilt wird.
In letzter Zeit richtet sich die über die Medien gepowerte Sicherheitshysterie auch besonders auf die vermeintlich fehlende "Sicherheit" im Hamburger öffentlichen Nahverkehr, vor allem in den S-Bahnen. In widerlichster Heuchelei werden Vergewaltigungen ausgeschlachtet und funktionalisiert, um die verstärkte Anwesenheit der v.a. männlichen Sicherheitsdienstschläger zu legitimieren. Eine Diskussion über einen reglementierten Zugang von Männern zur Bahn (z.B. "Frauen-U-Bahnwagen") gibt es selbstverständlich nicht.
Aber die Hamburger Spezialdemokraten, nie um einen Einfall verlegen, werden ab 20.6.97 siebzig Langzeitarbeitslose (ab Dezember 360) als ABM-Maßnahme den Job eines Zugbegleiters in der S-Bahn verrichten lassen. Ihr Hauptaugenmerk soll sich auf die Sauberkeit der Bahnen richten. Falls sich nicht genügend Freiwillige für diesen Job finden, werde man mit "gebotenem" Nachdruck auf Arbeitslose zugehen, ließ Arbeitsamtschef Koglin mitteilen. Aber nicht nur an Langzeitarbeitslose wird gedacht , nein, Sozialsenatorin Fischer-Menzel läßt zehn Jobs im Reinigungsdienst des Hauptbahnhofes für BettlerInnen, AlkoholikerInnen und Obdachlose bereitstellen. Wie aufmerksam!
Dies wird Dürr, den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, erfreuen, der kürzlich dem Hamburger Senat vorschlug, den Bahnhofsvorplatz an die DB abzutreten, damit ihre hauseigenen Sicherheitsdienste da endlich mal "reinen Tisch" mit der Drogenszene machen könnte. Im Bahnhof selber mit der shopping-Meile "Wandelhalle" findets Dürr ja noch ganz schick, aber draußen packte ihn der Ekel...

The shops are open, but the minds are closed

Daß solche Anliegen nicht nur den Wahnvorstellungen der Bonzen entspringen, sondern vielmehr die Privatisierung des öffentlichen Raumes Stück für Stück vorangetrieben wird, zeichnet sich immer mehr ab. Begleitet wird dieser Prozeß von der Vertreibung von über den Sicherheitsdiskurs stigmatisierter Gruppen, wie Obdachlose, BettlerInnen, das konstruierte Kollektiv ausländischer Drogendealer, Junkies, etc. Diese Gruppen werden

als angebliche Bedrohung aufgebaut des vielfach beschworenen leistungsfähigen Kerns der Gesellschaft - der friedlichen, steuerzahlenden Bürger, wie Voscherau sie gerne nennt. Dieses steckt hinter den Strategiepapieren von Voscherau, Wrocklage und Elste, Papiere mit wohlklingenden Namen wie "Handlungskonzept für St.Georg" (in St.Georg wurden von Mai 95 bis Dezember 96 102.156 Platzverweise erteilt, 4236 Ingewahrsamnahmen durchgeführt) oder Drucksachenentwurf "Maßnahmen gegen die Unwirtlichkeit der Stadt".
Die reaktionäre Mobilisierung wird vor allem durch Vereinigungen privater Geschäftsleute gepusht, so z.B. die AG City in Berlin, die City Marketing Köln oder der Einzelhandelsverband in Hamburg. So vertrat Kalkmann, Chef des Einzelhandelsverbandes Hmbg., in einem Interview die Ansicht, daß BettlerInnen bereits durch ihre Anwesenheit störten. Ihr Anblick könne potentiellen KundInnen ein schlechtes Gewissen machen und sie beim Einkauf beeinträchtigen.



In einer Veranstaltung der Handelskammer Hamburg mit dem Titel "Lebensqualität in der Stadt" mit Stargast Innense nator Wrocklage nahmen die Pfeffersäcke dann kein Blatt mehr vor den Mund. In übelstem "sozialhygienischen" Vokabular wurde der Senat im Namen der City-Geschäftsleute aufgefordert, doch bitte dafür zu sorgen, daß "alle Störungen aus Passagen und Flaniermeilen verbannt werden". Der Gesamtorganismus der Stadt sei "chronisch krank", es zeigten sich Verfall und Verwahrlosung. Ludwig (Schuh-Görz geiferte: "Erst ist der Schmutz da, dann kommen die Punks, die Alkoholiker und schließlich die Kriminalität."
Die Unwirtlichkeitsdrucksache des Senats wurde vom Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Schmidt-Trenz nochmals gelobt und eine Innenstadtverordnung gegen das Betteln gefordert.
Nachdem in den meisten Einkaufspassagen die Geschäftsleute ihr Hausrecht sowieso schon ausüben und privaten Wachschutz patroullieren lassen, werden jetzt auch die ersten Orte des "öffentlichen Raumes" von privaten Unternehmen gekauft, so z.B. der "Los-Angeles-Platz" nahe des Kurfürstendammes in Berlin, wo Essen und Trinken verboten sind und der nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr betreten werden darf. In Berlin sind mittlerweile 24 Plätze (z.B. Breitscheidplatz und Kottbusser Tor) zu sogenannten "gefährlichen Orten" ernannt worden, an denen operative Einsatzgruppen der Polizei z.T. mehrmals täglich Razzien durch führen und Platzverbote erteilen.
In Hamburg wurden zentrale Schaltstellen des Bereiches "Innere Sicherheit" vorausschauend mit rechten Sozialdemokraten besetzt. So machte der ehemalige Innensenator und jetzige Chef des "Allgemeinen Sicherheitsdienstes" (ASD) Hackmann von sich reden. Nachdem der jetzige Präses der Innenbehörde Wrocklage bei ihm nachgefragt hatte nach Vorschlägen zur Privatisierung von Teilaufgaben der Inneren Sicherheit, machte Hackmann u.a. den Vorschlag, öffentliche Straßen und Plätze an Anlieger zu verpachten, damit diese dort ihr Hausrecht ausüben und unerwünschte BesucherInnen entfernen lassen könnten.
Überhaupt ist das Verhältnis zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten zunehmend von Kooperation geprägt. So rief Sielaff, Landespolizeiinspekteur, nach mehreren Schießereien in der Innenstadt zu einer besseren Zusammenarbeit von "schwarzen Sherriffs" und Bullen auf. Im Innenstadtbereich patroullieren schon jetzt sogenannte "City Cops" zweier Hamburger Detekteien auf dem Rathausmarkt. Ab Herbst sollen die Bereiche Gänsemarkt, Neuer Wall und Jungfernstieg abgedeckt werden, finanziert von einem Sicherheitsverbund von Kaufleuten aus der Innenstadt.

"Wir brauchen mehr als in früheren, leichteren Zeiten eine starke Demokratie mit Mut zu konsequenterem Durchgreifen gegenüber Fehlverhalten."
(Voscherau)

In Hamburg ist Wahlkampfzeit und die SPD hat wie alle anderen Parteien auch die sogenannte "Innere Sicherheit" zu einem ihrer Hauptthemen gemacht. Der Bürgermeister favorisiert ein Repressionskonzept aus New York namens "Zero Tolerance", demzufolge jede noch so kleine Straftat verfolgt werden soll. Stimmungmachend tritt er für die beschleunigte Abschiebung "Straffällig gewordener Ausländer" ein, da diese nur deutsche Gefängnisse verstopften. "Schönwettergesetze" seien in diesen "schwierigen Zeiten" nicht mehr ausreichend gegenüber den "drei kritischen Übeln", die z.Zt. das Land bedrohten:
Flüchtlingswellen aus fremden Ländern,
Internationale organisierte Kriminalität
sowie allgemeine Rücksichtslosigkeit und mangelnde Zivilcourage.
Als Lösungen bietet das SPD-Wahlprogramm an: Mehr Polizeipräsenz, schnellere Gerichtsverfahren und zügigere Abschiebungen. Insbesondere mit dem Konzept "Sicherheitspartnerschaft Bürger und Polizei" wird versucht, Image und Akzeptanz für die Bullen zu verbessern. Der Hamburger Polizeiskandal und rassistische Folterungen auf den Wachen sind längst kein Thema mehr. Die Folterer gehen, freigesprochen, weiter ihrem Dienst nach. Im ehemals aufrührerischen Schanzenviertel wird eine mobile Polizeiwache vor Ort installiert, um das Sicherheitsgefühl der BürgerInnen angesichts der "bedrohlichen" Drogen und Dealerszene zu verbessern, seit Jahren patroullieren permanent Bullen, uniformiert und zivil, sowie BGS durch den Schanzenpark. Bullen nehmen an "Stadtteilgesprächen" teil, beteiligen sich an "Bürgerinitiativen" und Arbeitsgruppen aus dem Stadtteil, die unter sich die Millionen des Hotelinvestors Storr aufteilen.
Auch an weiteren Vorstößen in Bezug auf Vertreibung und Ausgrenzung unerwünschter, schlecht verwertbarer Gruppen wird gearbeitet. Nachdem die berüchtigte "Unwirtlichkeitsdrucksache" offiziell vom Tisch genommen wurde (die Zielvorstellungen waren zu unverblümt dargestellt worden), was Voscherau auch persönlich als Niederlage ansah, bekam die Justizbehörde das Heft in die Hand. Wie erst kürzlich bekannt wurde, hat die Justizbehörde in einem internen Papier die juristischen Möglichkeiten geprüft, gegen sogenannte "sozial inadäquate aggressive Bettelei" vorzugehen. Intendiert ist der Erlaß einer Polizeiverordnung (wie es sie z.B. in Erfurt, Stuttgart, Frankfurt/M. schon gibt). Dieses Papier wurde an Bezirke, Senatskanzlei , Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, die Innen- und die Baubehörde geschickt mit der Aufforderung zur Stellungnahme.
Flankierend meldete sich die Handelskammer zu Wort und ermunterte den Senat, in einem zweiten Anlauf doch endlich eine "Innenstadt-Verordnung" gegen Bettelei, Schmutz, wildes Plakatieren, gewalttätige Demonstrationen u.a. zu erlassen, da das Sicherheitsempfinden der Bürger doch stark beeinträchtigt sei.
Es liegt mit am Widerstand, ob ihre schweinischen Pläne blockiert und das ominöse "Sicherheitsgefühl" der BürgerInnen weiter beeinträchtigt werden kann. Deshalb beteiligt euch an Aktionen der sogenannten Innenstadtkampagne gegen Privatisierung, Konsumzwang und Ausgrenzung vom 2.-8.6.97!
Bleiberecht für alle!

Schluß mit den Razzien und Platzverweisen!

Den Widerstand organisieren, für eine revolutionäre Initiative!

Hamburg, 2.6.97
In Erinnerung an Benno Ohnesorg, am 2.6.67 in Berlin von einem Zivilbullen ermordet.

Ein kleines Dankeschön der Reichen

Mal ehrlich: Du wirst *niemals* im Lotto gewinnen. Andererseits hast Du gute Aussichten, Dich für den Rest Deines Lebens bei einem Drecksjob totzuschuften. All das, da Du aller Wahrscheinlichkeit nach in der falschen Bevölkerungsschicht geboren wurdest. Fakt ist: Du bist einer unserer Lohnsklaven. Tut uns leid!

Deshalb hast Du nicht die Bildung, Erziehung, Beziehungen, Manieren, Auftreten und den guten Geschmack um jemals einer von uns zu werden. Um genau sein: Man bräuchte wahrscheinlich ein Buch, dessen Dicke vergleichbar mit der der Gelben Seiten ist, um all die unfairen Vorteile aufzuzählen, die wir Dir gegenüber haben. Deshalb sind wir auch so beruhigt zu wissen, daß Du immer noch an die albernen Märchen von "Gerechtigkeit" und "gleiche Chancen für alle" in Deutschland glaubst.

Natürlich war in einem hierarchischem System wie dem unseren nie viel Platz an der Spitze. Mal abgesehen davon, wir sind schon hier - und uns gefällt es hier oben so gut, daß wir beabsichtigen, das so beizubehalten. Aber es gibt immer welche, noch niedriger auf der Gesellschaftsleiter als Du, denen Du Dich überlegen fühlen und von Zeit zu Zeit die Zähne eintreten kannst. Selbst ein Tellerwäscher findet ganz einfach einen armen Penner, der noch niedriger in der Hackordnung zum Spotten und Spucken steht. Sei dankbar für alle Migranten, Asylsuchende, Prostituierte und Obdachlose.



Vergiß niemals: Wenn alle von Euch wirtschaftlich so abgesichert und sozial privilegiert wären wie wir, gäbe es niemanden, der die ganzen langweiligen, gefährlichen und schlechtbezahlten Arbeiten in unserer Wirtschaft machen würde. Und niemanden, um unsere Kriege zu kämpfen oder blindlings Befehle in unseren totalitären Aktiengesellschaften zu befolgen. Und mit Sicherheit niemanden, der demütig seinem Tode entgegentritt ohne ein erfülltes und kreatives Leben gehabt zu haben. Deshalb unsere Bitte: Mach weiter so!

Du hast wahrscheinlich auch nicht den gleichen gierigen, zwingenden Trieb, Reichtum, Macht und Ansehen zu besitzen, den wir haben. Und obwohl Du vielleicht ernsthaft Dein Leben verändern möchtest, hast Du auch *Angst* vor genau dieser herbeigewünschten Veränderung, somit also Dich und Deinesgleichen in einem ängstlichen Zustand der Vorhölle hältst. Und so gehst Du mechanisch durch Dein Leben, Deine zugewiesene Rolle spielend, verängstigt darüber, was andere denken würden, solltest Du jemals wagen, aus der starren Ordnung auszubrechen.

Natürlich probieren wir, Euch gegeneinander auszuspielen, wann immer und wie es uns paßt: gutbezahlte gegen schlechtbezahlte Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder gegen Nichtmitglieder, Männer gegen Frauen, Deutsche Arbeiter gegen Italienische gegen Polnische gegen Türkische gegen Kurdische gegen Vietnamesische... Immer wieder drücken wir die Löhne unter Berufung auf den "Wirtschaftsstandort Deutschland", "ausländische Konkurrenz", dem "Gesetz von Angebot und Nachfrage", "innere Sicherheit" oder dem "Schuldenberg". Wir schmeißen Dich auf die Arbeitslosenmüllhalde, wenn Du aus der Reihe tanzt oder unsere Profite gefährdest. Und um Dir mal gelegentlich eine kleine Pause von der Eintönigkeit unserer täglichen wirtschaftlichen Erpressung zu gönnen, erlauben wir Dir an unseren inszenierten Mach-ein-Kreuz-Falschspielchen teilzunehmen, dem gemeinen Pöbel besser bekannt als "Wahlen". Zum Glück hast Du keine Ahnung, was *wirklich* vor sich geht - stattdessen machst Du Fremde, Schwarzarbeiter, Juden, Sozialschmarotzer, Krankfeiernde, auf Bäumen lebende Umweltschützer und unzählige andere für Deine unangenehme Lage verantwortlich.

Wir sind auch überaus erfreut darüber, daß viele von Euch immer noch den "Arbeitsethos" umarmen, obwohl die meisten Jobs in unserer Wirtschaft die Umwelt verschmutzen, Deinen körperlichen und emotionalen Gesundheitszustand allmählich zerstören und im Grunde genommen Dein einziges Leben förmlich aus Dir heraussaugen. Es liegt auf der Hand, daß wir nicht viel über Arbeit wissen, aber wir sind zweifellos froh, daß Du es weißt.

Natürlich *könnte* Leben anders sein. Die Gesellschaft *könnte* intelligent organisiert sein, um die wahren Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Du und Deinesgleichen *könnten* gemeinsam kämpfen, um Euch von unserer Herrschaft zu befreien. Aber das weißt Du nicht. *Eigentlich kannst Du Dir noch nicht einmal vorstellen, daß ein anderes Leben möglich ist.* Und das ist wahrscheinlich die größte und bedeutsamste Leistung unseres Systems - Dich Deiner Phantasie, Deiner Kreativität, Deiner Fähigkeit, selbst zu handeln und zu denken, zu berauben.

Daher möchten wir Dir aufrichtig von unserem ganzen herzlosen Herzen danken. Deine treue Aufopferung ermöglicht unseren korrupten Luxus; *Deine* Arbeit erhält *unser* System. Vielen, vielen Dank dafür, "Deinen Platz" zu kennen - ohne es überhaupt zu wissen.

BONNZEN IN DEUTSCHLAND

Jumpeidi, Jumpeida - Hausdurchsuchung, Razzia

In der Pannierstr. in Neukölln wurden am 12. 6. bei einer Durchsuchung folgende Gegenstände beschlagnahmt:

- 4 Säcke mit Interim Nr. 424, insgesamt ca. 750 Stück
- Redaktioneller Entwurf der Interim Nr. 424
- Deckblätter und ungeheftete Seiten aus der Zusammentragmaschine
- 1 Gummituch aus Druckmaschine Rotaprint R 30 SK
- Montagefolien
- 1 Glasplatte aus Plattenkopiergerät
- 1 Karton mit Druckabfällen
- 2 Drahthefteinrichtungen aus Zusammentragmaschine
- 1 Aktenordner mit Folien und mehreren Blatt Adressenmaterial
- 1 Schreibmaschine
- 1 Bildausriß von Herrn Schönbohm

Obwohl umfangreiches Adressenmaterial mitgenommen wurde, kann der Versand außerhalb Berlins aufrechterhalten werden.

Unsere Postadresse in der Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, gilt - entgegen gewissen Andeutungen in der taz - immer noch. Der Mehringhof oder einzelne Projekte dort sind von den Bullen nicht belästigt worden.

Wir gehen davon aus, daß die Bullen weiterhin Interesse an den Strukturen um diese Zeitung herum haben. Es ist möglich, daß ihnen die Funde der Durchsuchungen vom letzten Donnerstag nicht reichen. Haltet dementsprechend die Augen offen!

Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften, gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit - wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken. Geht bitte in den nächsten Infoladen, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Photokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch **Infoläden und Infocafes** außerhalb Berlins **bekommen** ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere **WiederverkäuferInnen** können jederzeit ab drei Exemplaren bei uns bestellen. Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und den benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens drei Hefte jede Woche. Falls ihr ganz abseits im Wald oder sonstwo wohnt, und uns in einem Brief die Unmöglichkeit, zwei weitere WGs zu finden, erklärt, machen wir gerne eine Ausnahme.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn es ganz dringend ist, könnt ihr es auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer. Am besten werft ihr eure Artikel selbst in unser Postfach im Mehringhof (in einem geschlossenen Umschlag mit deutlich "für Interim" drauf durch den Schlitz im Postraum). Sollte dies euch nicht möglich sein, schickt es per Post - aber dieser Weg ist nicht 100% sicher.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollten **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine oder ähnlichem schreibt, ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Photo oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in der Regel ohne Kommentar in die **Ordner**. Diese befinden sich im Papiertiger (Cuvrystr. 25), im M.99 Kopierladen (Manteuffelstr. 96), im Nachladen (Waldemarstr. 36) und im Infoladen (Liebigstr. 34) und sind dort allgemein zugänglich. Daneben Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in die Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Anzeigen: wir drucken keine bezahlten Anzeigen ab;. aber Verlage oder Gruppen, die eine Broschüre vertreiben, können uns einfach eine Anzeigenvorlage und vielleicht als Dankeschön ein Belegexemplar schicken und wir drucken dann im Normalfall die Anzeige ab. Die Größe bestimmen wir und alles ohne Gewähr.

Das illustrirte Strafgesetzbuch.

Falsch: | Richtig:

Diese Aussagen sind in Zukunft strafbar: | **Diese Sätze sind hinfort erlaubt:**

§ 140 : Öffentliche Billigung von Straftaten





§ 111 : Öffentliche Aufforderung zur Begehung von Straftaten





§ 88a : Befürwortung von Gewalt





§ 90 : Verunglimpfung des Staates





Verboten: Verunglimpfung des Staates | **Erlaubt : Verglimpfung des Staates**